

**the ZÜRICH GLOBALIST**

#6, April 2016



**BRAVE  
NEW  
WORLD**

**STRUKTURELLE UMBRÜCHE / AKTUELLE BRENNPUNKTE**

**Herausgeber**

Verein Zurich Globalist  
Rämistrasse 66  
8001 Zürich, CH

**Redaktionsleitung**

Maryam Hosseinzadeh  
Vanessa Mistic  
Valentina Suter

**Redaktion**

Nadine Chappalley  
Nathalie Dubler  
David Fuchs  
Simon Graf  
Fabienne Iff  
Andreas Juon  
Isabel Knobel  
Annick Länzlinger  
Evelyne Schlauri  
Céline Siegrist  
Benno Zogg

**Layout und Gestaltung**

Milena Giordano, [www.milena-giordano.com](http://www.milena-giordano.com)

**Titelbild**

Lucy Pfenninger, [www.lucypfenninger.allyou.net](http://www.lucypfenninger.allyou.net)

**Illustratoren**

Lea Höhn  
Lucy Pfenninger  
Juliette Uzor

**Druck**

Merkur Druck AG  
Gaswerkstrasse 56  
4900 Langenthal

**Ausgabe**

#6 FS, April 2016

**Auflage**

1'000

**Werbepartner**

Institut für Politikwissenschaft der Universität Zürich  
Ernst Basler + Parter AG  
Verband der Studierenden der Universität Zürich (VSUZH)

**Kontakt**

[www.zurichglobalist.uzh.ch](http://www.zurichglobalist.uzh.ch)  
[zglobalist@gmail.com](mailto:zglobalist@gmail.com)

Die Verantwortung für die Inhalte der Artikel liegt bei den Autoren.

iebe Leserinnen und Leser

The Zurich Globalist is back!

Nach einer längeren Ruhephase bebt die Globalist-Erde endlich wieder! Wir beschäftigen uns in der Frühlingausgabe mit dem Thema: «Brave New World 2030 – strukturelle Umbrüche und aktuelle Brennpunkte».

Telling it, like it is and beyond!

Seit Huxley ihn als Titel für seinen dystopischen Roman verwendete, wird der Ausspruch «Brave New World» als eine ironische Würdigung des «gesellschaftlichen Fortschritts» verstanden.

Auch wir wollen die Tendenzen und Umbrüche unserer Zeit thematisieren. Nicht immer mit dem mitschwingenden Pessimismus von Huxley, aber mit demselben Interesse daran, gesellschaftliche Strukturen offenzulegen und die Auswirkungen aktueller Entwicklungen weiterzuspinnen.

Wir richten unseren Blick dabei auf neue Phänomene und aktuelle Krisenherde. Ist der Quantencomputer ein Rückschritt in puncto Datensicherheit? Mit welchen Zukunftsszenarien sollten wir uns angesichts des möglichen Austritts Grossbritanniens aus der EU auseinandersetzen und (wie) kann Europa den Weg zu einer Entschärfung der interkulturellen Spannungen finden? Welche Folgen hat Trumps Kampf gegen *Political Correctness* für das politische Klima in den USA? Und ist mit einer Verbesserung der Beziehungen zwischen der Ukraine und Russland zu rechnen?

Vor Ort waren unsere Autoren in einem Flüchtlingscamp auf Lesbos und an einer UNO Konferenz zum Thema Jugendmigration und berichten von ihren Erlebnissen.

Euch erwartet in dieser Ausgabe nichts weniger als der Versuch einer Antwort auf die Frage: «Wie sieht die Welt in der nahen Zukunft, sagen wir im Jahr 2030 aus?» - gestützt auf kritische Analysen struktureller Umbrüche und aktueller Brennpunkte; nicht im Sinne einer Prognose sondern als Einladung zur kritischen Diskussion.

Eine anregende Lektüre wünscht,  
die *Zurich Globalist* Redaktion

# It Is A Brave New World Out There

Auch wenn im Verlauf des Studiums unzählige Arbeiten geschrieben werden müssen, so kann es doch vorkommen, dass man gerne noch mehr schreiben möchte. Gerade als Studentin oder Student möchte man sich zu aktuellen politischen und gesellschaftlichen Entwicklungen äussern und zwar nicht im fixen Korsett einer akademischen Arbeit, sondern gerne mal als Meinungsartikel. Doch wohin mit diesen Texten?

Diese Frage brachte Ende 2010 ein kleines Grüppchen Studierender der UZH zusammen, welche äussertst dankbar einen Hinweis eines befreundeten Studierenden aufnahmen. Dieser kannte aus Yale die Studierendenzeitschrift *The Yale Globalist* und teilte uns mit, dass Studierende verschiedener Universitäten am Aufbau eines Zeitschriftennetzwerks, the *Globalist Network*, arbeiten. Warum nicht einen *Zurich Globalist* gründen, der es Studierenden erlaubt, ihre Texte zu publizieren und in diesem Netzwerk zu teilen?

So wurde bald darauf ein studentischer Verein mit Minimalbesetzung gegründet, ein Layout kreiert, Autoren gesucht, mit Druckereien verhandelt und im Frühlingsemester 2011 erschien unsere erste gedruckte Ausgabe, auch dank der grosszügigen Unterstützung der Universität Zürich, insbesondere des Instituts für Politikwissenschaft. Ermutigt durch die positive Resonanz wurde schnell klar, dass diese Ausgabe nicht eine einmalige Sache bleiben würde. Und so erschienen nach Weiterzug des Gründungsteams weitere Ausgaben, allerdings nahm der häufige Wechsel der Verantwortlichen dem Projekt Wind aus den Segeln.

Umsomehr freut es uns als Gründer des Projekts, nun zu sehen, dass der *Zurich Globalist* unter neuer Führung einen zweiten Frühling erlebt. Neben anderen in der Zwischenzeit geschaffenen Plattformen positioniert sich der *Globalist* als Debattenzeitschrift mit Beiträgen zu grossen Fragen und hat für die kommende Ausgabe das passende Thema «Brave New World 2030 – Strukturelle Umbrüche und Aktuelle Brennpunkte» gewählt. Die Schwerpunktthemen versprechen spannende Beiträge und wir freuen uns, dass der *Zurich Globalist* Studierenden die Möglichkeit gibt, sich zu gesellschaftlichen Veränderungen und aktuellen Krisenherden zu äussern.

Denn nur wer über «die Welt da draussen» nachdenkt und sich engagiert, wird sie auch verändern können.

Nicolas Zahn, Mitgründer des *Zurich Globalist*

# INHALT

## WANDEL

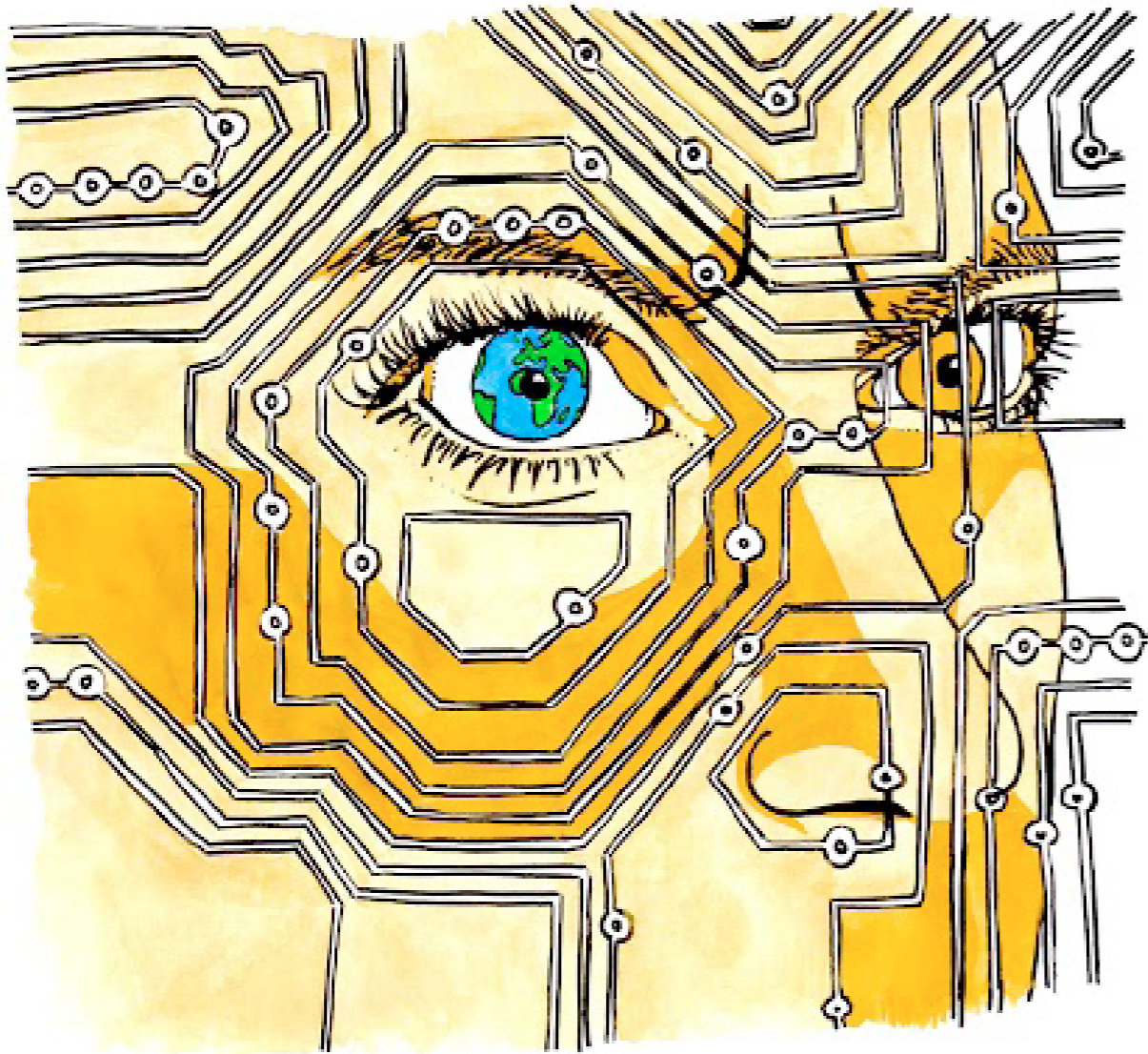
- 8 Nicola Rothlin  
«Telling it like it is»: Trumps Kampf gegen Political Correctness.
- 10 David Fuchs  
Mexiko im Umbruch? Die Strukturreformen berechtigen zu vorsichtigem Optimismus.
- 12 Manuel Knapp  
Das EU-Referendum Grossbritanniens und mögliche Folgen für das Land und die EU.
- 16 Kathrin Gerhard  
Quantencomputer könnten unsere Datensicherheit gefährden.

## BRENNPUNKTE

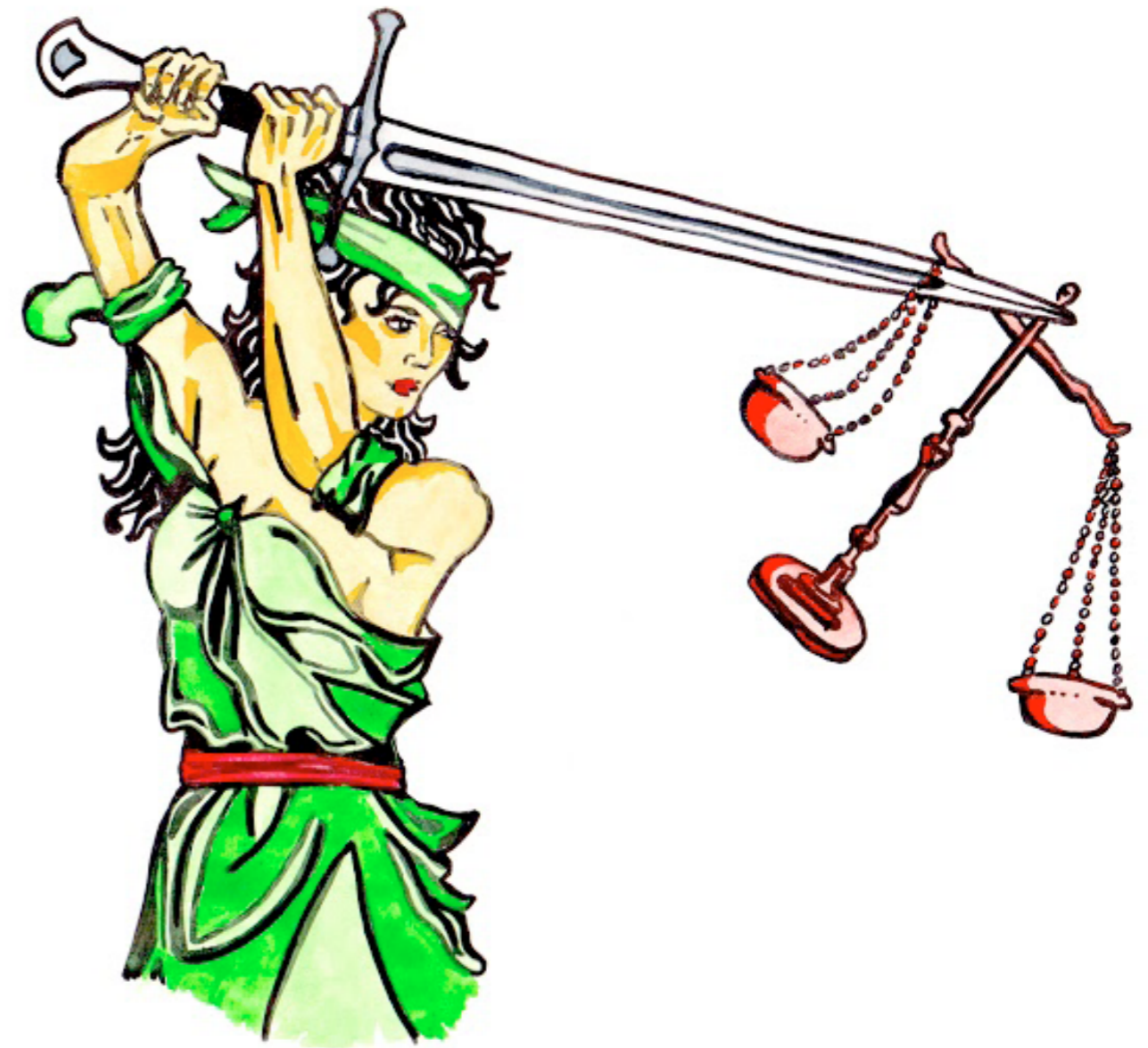
- 18 Simon Graf  
Von Integration und Abschottung: Die Migrationspolitik Europas.
- 22 Benno Zogg  
Iran and Saudi Arabia - Feud on the Gulf.
- 26 Olena Shumska  
Ukraine and Russia: Rethinking the Bilateral Relations.
- 28 Adrian Schawalder  
Die Erschaffung eines Staates - Der Fall Kosovo.

## VOR ORT

- 30 Valentina Suter  
Als das UN-Flüchtlingscamp scheiterte, bauten Freiwillige selbst eins.
- 34 Stephanie Hess  
Jugendmigration: Der Weg zur nachhaltigen Entwicklung?



*Through the Looking Glass. Lea Höhn*



*Justicia frisst ihre Kinder. Lea Höhn*

# «TELLING IT LIKE IT IS»: TRUMPS KAMPF GEGEN POLITICAL CORRECTNESS

Nicola Rothlin, M.A. in Weltgesellschaft und Weltpolitik, Universität Luzern

**Donald Trump sorgt mit seinen kontroversen Aussagen regelmässig für Schlagzeilen. Dabei zeigt er keine Reue und beschuldigt stattdessen Kritiker, zu «politisch korrekt» zu sein. In der Tat wird in den USA schon länger darüber diskutiert, ob Probleme schöngeredet oder gar Sprechverbote erteilt würden. Mit Trumps Wahlkampf hat die Debatte einen neuen Höhepunkt erreicht.**

Donald Trumps ungebrochene Popularität in den amerikanischen Vorwahlen ist hierzulande vielen ein Rätsel. Fragt man seine Wähler nach dem Grund für ihre Unterstützung, ist ihre Antwort jedoch stets dieselbe: Seine Ehrlichkeit und seine Abneigung gegen «Political Correctness» überzeugen. Seine Anhänger bewundern seinen Mut, bisherige Tabus zu brechen und es mit dem sogenannten «Establishment» aufzunehmen. Diese «He tells it like it is»-Wahrnehmung fusst vor allem auf Trumps offener Ablehnung von ethnischen Minderheiten. Dass er durch seine «Trump Wall» an der Grenze Mexikaner an der Einreise in die USA hindern will, sagt er unverblümt. Auch alle Muslime sollen fortan amerikanischen Boden nicht mehr betreten dürfen. Werden im Namen der Toleranz Sprechverbote erteilt? Nicht erst seit Donald Trumps Wahlkampf wird diese Debatte kontrovers geführt.

## Entwicklung der Political Correctness-Debatte

Durch das Aufkommen der amerikanischen Bürgerrechtsbewegungen zu Beginn der 1960er-Jahre wurde die Benachteiligung von Afroamerikanern und anderen Minderheiten erstmals Teil einer breiten öffentlichen Debatte. Infolgedessen verabschiedete der US-Kongress zahlreiche Gesetzesreformen wie den «Civil Rights Act» und den «Voting Rights Act». Durch diese Antidiskriminierungspolitik wurde die Rassentrennung im öffentlichen Raum aufgehoben. Darüber hinaus wurden Gesetze, die vor allem Afroamerikanern den Zugang zu Wahlen erschwerten, für verfassungswidrig erklärt. Während der Achtzigerjahre kamen sogenannte «Affirmative Action»-Programme hinzu. Sie hatten die aktive Förderung von Frauen und ethnischen Minderheiten an Colleges und Universitäten zum Ziel. Seither gilt beispielsweise ein Quotensystem, das einen Teil der Studienplätze für Minderheiten reserviert.

Um die breite Bevölkerung für Diskriminierungen und Vorurteile gegenüber Minderheiten zu sensibilisieren, rückte bald auch die sprachliche Ebene in den Fokus. Durch eine Reform der Sprache sollte auch eine Reform des Denkens bewirkt werden. Folglich wurden an einigen Colleges sogenannte «Speech Codes» eingeführt, welche diskriminierende Begriffe aus dem täglichen Sprachgebrauch der Studenten verbannen sollten. So wurde beispielsweise aus «Negro» zuerst «Black» und schliesslich «African American». Durch diese «Speech Codes» veränderte sich nach und nach auch der Sprachgebrauch der Gesamtbevölkerung. Die aktive Förderung von Minderheiten und die Einführung von «Speech Codes» stiessen jedoch nicht nur auf Gegenliebe. Kon-

servative Kreise kritisierten die als apologetisch aufgefasste Weltsicht vieler linker Professoren und Studenten. Sie würden so unter der eigenen historischen Schuld leiden, dass sie andere Kulturen zelebrierten, während sie die eigene zunehmend verachteten. Entsprechend würden alte Traditionen durch eine rigide Lehrmeinung ersetzt, die selbstgerecht aufträte und Sprechverbote erteile. Der Begriff «Political Correctness» wurde folglich zum ironischen Kampfbegriff für die Rechten. In jüngerer Vergangenheit melden sich aber auch immer mehr Kritiker aus dem linken Lager zu Wort. Auch sie kritisieren vor allem die intellektuelle Enge und Intoleranz gegenüber anderen Meinungen im akademischen Milieu. Vorfälle, bei denen sich Studenten gegen Lehrinhalte empören oder gegen eingeladene Redner protestieren, sorgen immer wieder landesweit für Schlagzeilen. Komödiant Bill Maher, Ex-Aussenministerin Condoleezza Rice und IWF-Direktorin Christine Lagarde sind nur einige der eingeladenen RednerInnen, deren Ansichten in den Augen vieler Studenten zu kontrovers waren. Präsident Obama sprach die Thematik im Herbst 2015 in einer Rede vor Highschool-Absolventen in Des Moines, Iowa an: «Nur weil Sie Studenten eines Colleges geworden sind, haben Sie keinen Anspruch darauf, geknuddelt, in Watte gepackt und vor anderen Meinungen beschützt zu werden!»

## Trumps Kampf gegen «Political Correctness»

Obwohl die Diskussion um Political Correctness schon seit längerem auch im allgemeinen politischen Diskurs angelangt ist, scheint sie bei den aktuellen republikanischen Vorwahlen nochmals an Brisanz gewonnen zu haben. Dabei werden das Establishment in Washington und die «linken» Medien für die angebliche Erteilung von Sprechverboten hauptverantwortlich gemacht. Aus Angst als Rassist, Sexist oder homophob abgestempelt zu werden, würden viele Probleme schöngeredet. Egal ob es um Terrorismusbekämpfung oder illegale Einwanderung geht, Teile der Republikaner bezeichnen gemässigtere Kräfte oft als schwach und nachlässig. Der Mann, der dabei unbestritten den Ton angibt, ist Donald Trump. Zu Beginn seiner Kampagne legte er in Umfragen gar jedes Mal zu, sobald er mit einer umstrittenen Aussage in die Schlagzeilen geraten war. Seine Ideen, die «Trump Wall» an der Grenze zu Mexiko von der mexikanischen Regierung bezahlen zu lassen und Muslimen den Zutritt in die USA zu untersagen, stossen nach wie vor auf breiten Zuspruch. Trump nutzt seinen Kampf gegen «Political Correct-

ness» jedoch nicht nur propagandistisch, sondern auch, um seine Kritiker ruhig zu stellen. Als die Fox News-Moderatorin Megyn Kelly ihn während einer Fernsehdebatte auf seine abwertenden Kommentare gegenüber Frauen ansprach, antwortete er: «Ich denke, das grosse

Problem dieses Landes ist Political Correctness. Ich wurde schon von so vielen Leuten herausgefordert. Offen gesagt, ich habe keine Zeit für totale Political Correctness. Und um ehrlich zu sein, dieses Land hat dafür auch keine Zeit.»

Wie verhärtet die Fronten mittlerweile sind, zeigte sich im März bei einer Wahlkampfveranstaltung in Chicago. Nachdem diese wegen Ausschreitungen zwischen Trump-Gegnern und Unterstützern absagt werden musste, wies Trump jegliche Verantwortung von sich. Dies führte nicht nur bei den Demokraten zu einem Sturm der Entrüstung. Selbst seine Kontrahenten im republikanischen Vorwahlkampf warfen ihm vor, in der Vergangenheit zu Gewalt aufgerufen zu

**Eine aktuelle Studie der Fairleigh Dickinson University in Vancouver ergab, dass 68 Prozent der US-Bevölkerung «Political Correctness» inzwischen für ein «grosses Problem» halten.**

haben. In der Tat hatte Trump seine Zuschauer wiederholt und explizit dazu angehalten, bei seinen Veranstaltungen auf Demonstranten einzuschlagen. Doch nicht nur scheint er regelmässig grundlegende ethische und moralische Wahlkampfprinzipien zu missachten, er macht die «Political Correctness» auch ganz offen zum Feindbild. So beklagte er sich etwa darüber, dass Sicherheitskräfte beim Abführen von Demonstranten zu «politisch korrekt» seien. Schliesslich seien diese früher noch bereit gewesen, Störenfriede zu verletzen.

Seither sehen Trumps Gegner ihn erst recht als Demagogen und Bedrohung für die amerikanischen Ideale. Seine Anhänger dagegen teilen die Überzeugung, er habe als einziger den Mut, sich gegen Sprechverbote zu wehren und das anzusprechen, was zwar viele denken, sich aber nicht trauen zu sagen. Diese Tatsache weiss die Trump-Kampagne für sich zu nutzen. Anlehnend daran druckte sein Team Wahlplakate mit der Aussage «The silent majority stands with Trump». Die stumme Mehrheit will offensichtlich nicht mehr stumm sein. Ob diese Mehrheit auch tatsächlich eine Mehrheit im Land ist, wird sich erst noch zeigen. Je nach Umfrage – sei es im Vergleich zu seinen republikanischen Kontrahenten oder im Duell mit Hillary Clinton bzw. Bernie Sanders – liegt der Anteil potenzieller Trump-Wähler zwischen 20 und 45 Prozent der Bevölkerung. Der Anteil jener, die Trump gegenüber abgeneigt sind, übersteigt die Unterstützer meist um zweistellige Prozentpunkte. Nichtsdestotrotz scheint Trump mit seinem Kampf gegen Political Correctness bei den Amerikanern einen wunden Punkt getroffen zu haben. Eine aktuelle Studie der Fairleigh Dickinson University in Vancouver ergab, dass 68 Prozent der US-Bevölkerung «Political Correctness» inzwischen für ein «grosses Problem» halten.



Donald Trump verachtet jede Art von Political Correctness. Illustration: Veronika Weberbauer

## Keine Entpolarisierung der Debatte in Aussicht

Die Popularität Trumps zeigt, wie frustrierend die «Political Correctness»-Debatte und insbesondere die angeblich bestehenden Sprechverbote offenbar für viele Amerikaner sind. Durch die verhältnismässig breite Zustimmung für sein Wahlkampfprogramm wird deutlich, dass trotz aller gegenteiliger Bemühungen gewisse Vorurteile bei vielen Amerikanern immer noch tief sitzen. Die Reform der Sprache mag zwar den Rassismus im Gesprochenen verringert haben. Die negativen Vorurteile gegenüber Minderheiten blieben jedoch nicht selten in den Köpfen bestehen. Trumps Kritiker argumentieren, dass er «Political Correctness» völlig aus dem Kontext gerissen, und sich und seinen Anhängern so einen Freipass für xenophobe Aussagen erteilt hätte. Selbst wenn Donald Trump bald wieder von der Bildfläche verschwinden sollte, zu einer Entpolarisierung der Debatte wird es in naher Zukunft wohl nicht kommen.

Wie sich Trump im Präsidentschaftswahlkampf gegen die Demokraten oder gar als amerikanischer Präsident verhalten würde, ist schwierig abzuschätzen. Er hat bereits angekündigt, im Hauptwahlkampf «politisch korrekt» aufzutreten. Es wäre dies jedoch nicht die erste Aussage, die er im Verlauf seiner Kampagne wieder revidiert. Sicher ist, sein Wahlkampfprogramm hätte einen schweren Stand: Seine Mauer würde wohl selbst in einem republikanischen Kongress keine Mehrheit finden. Auch ein Einreiseverbot für Muslime würde spätestens vom Supreme Court für verfassungswidrig erklärt. Ob dann der Kampf gegen Political Correctness weiterhin zu Trumps Hauptsorgen gehören würde, darf an dieser Stelle bezweifelt werden.

[1] Bump, Philip: Donald Trump's 'silent majority' isn't a majority. Washington Post. 18.12.2015.

<<https://www.washingtonpost.com/news/the/wp/2015/12/18/donaldtrumpsilentmajorityisntamajority/>>.

[2] Gaschke, Susanne: Wie Political Correctness zu Sprechverboten führt. Die Welt. 02.02.2016.

<<http://www.welt.de/politik/deutschland/article151756995/Wie-PoliticalCorrectness-zu-Sprechverboten-foehrt.html>>.

# MEXIKO IM UMBRUCH? DIE STRUKTURREFORMEN BERECHTIGEN ZU VORSICHTIGEM OPTIMISMUS

David Fuchs, M.A. in Geschichte, Politik und Rechtswissenschaft, Universität Zürich

**Angesichts der Krise in Lateinamerika scheint sich Mexiko erstaunlich gut zu halten. Dies nicht zuletzt aufgrund der Strukturreformen, die unter dem gegenwärtigen Präsidenten verabschiedet wurden und sich nun in der Umsetzungsphase befinden. Trotz erster Erfolge steht die Regierung weiter vor grossen Herausforderungen.**

Nach einer etwa dreissigjährigen Durststrecke verzeichnete Mexiko seit dem Amtsantritt des Präsidenten Enrique Peña Nieto im Dezember 2012 ein beschleunigtes Wirtschaftswachstum. Gemäss dem Internationalen Währungsfonds (IWF) betrug dieses im letzten Jahr 2.3%. Die Wirtschaft wächst weiter in gleichmässigem Tempo und die Inflation verharrt auf einem stabilen, tiefen Niveau.

Und dies in einer Krisenzeit in Lateinamerika: Nach Angaben des IWF ist das Bruttoinlandsprodukt in der Region im letzten Jahr um 0.3% zurückgegangen. Das Wachstum der grössten Volkswirtschaft Lateinamerikas, Brasilien, sank um 3% und belastet damit die ganze Region. Letztere leidet insbesondere aufgrund der sinkenden Nachfrage Chinas und den damit verbundenen sinkenden Rohstoff- und Agrargüterpreisen sowie geringen Investitionen. Die globalen Preise für Erdöl sind laut dem IWF seit Mitte 2014 um mehr als 50% gesunken. Es ist vor allem der starken Industriebranche zu verdanken, dass Mexiko weniger unter den sinkenden Rohstoffpreisen leidet als andere Länder in Lateinamerika. Mexiko exportiert in erster Linie verarbeitete Güter, etwa 80% davon in die USA. Hinzu kommt die etwa im Vergleich zu Brasilien und Argentinien aussenwirtschaftliche Öffnung des Landes durch Freihandelsverträge, und schliesslich sorgen die Strukturreformen der Regierung, die 2014 durch das Parlament verabschiedet wurden und sich nun im Umsetzungsprozess befinden, bereits für erste Erfolge. Ermöglicht wurden sie durch den «Pakt für Mexiko», welcher von den drei grossen Parteien des Landes beschlossen wurde.

## **Einschneidende Reformen im Energie- und Telekommunikationssektor**

Im Energiebereich wurde das Monopol der staatlichen Erdölgesellschaft Pemex stark aufgeweicht. Neu können sich in- und ausländische private Investoren an der Erschliessung und Förderung der Öl- und Gasvorkommen beteiligen. Die natürlichen Ressourcen bleiben aber im Besitz des Staates. Lange galt die Erdölgesellschaft, die 1938 nach der Verstaatlichung des Erdöls entstanden ist,

**Im Energiebereich wurde das Monopol der staatlichen Erdölgesellschaft Pemex stark aufgeweicht.**

als eine Art «heilige Kuh». Pemex steuert etwa ein Drittel der mexikanischen Staatseinnahmen bei und ist der grösste Arbeitgeber des Landes. Die Erdölproduktion nimmt jedoch seit Jahren ab und die Energiekosten sind hoch. Dies soll sich mit der Reform ändern. Bereits vor der Energiereform wurde eine Reform im Telekommu-

nikationsbereich verabschiedet. Diese soll die Monopolstellung der Unternehmen des Multimilliardärs Carlos Slim schwächen und verstärkten Wettbewerb fördern. Slim kontrolliert über zwei Drittel des mexikanischen Mobilfunk- und Festnetzmarktes. Nach Ansicht des IWF sind bereits positive Effekte sichtbar: Die Preise im Markt sind gesunken und dessen Öffnung nach aussen hat zu erhöhter ausländischer Investitionstätigkeit geführt.

## **Bildungsreform als wichtiges Langzeitprojekt**

Ein anderes, aber nicht minder wichtiges Projekt, ist die Reformierung des Bildungssystems. Dieses wurde gegen massiven Widerstand der mächtigen Lehrgewerkschaft SNTE durchgesetzt, deren Anführerin seit 2013 aufgrund von Korruptionsvorwürfen im Gefängnis sitzt. Die Reform sieht vor, dass in einem ersten Schritt regelmässige Leistungsüberprüfungen für Lehrer eingeführt werden, mit dem Ziel, die Qualität des Unterrichts zu verbessern.

**Der Zugang zu Bildung ist nach wie vor stark vom Einkommen abhängig.**

Zudem soll die Zentralregierung die Lohnvergabe besser kontrollieren können, damit in Zukunft weniger Bildungsausgaben für Lehrer, Gewerkschafter und Beamte anfallen und dafür mehr Gelder direkt der Bildung zugutekommen. Dies sind erste Schritte einer geplanten, tiefgreifenden Bildungsreform, die langfristig das wirkungsvollste Mittel zur Förderung eines stabilen Wirtschaftswachstums sein könnte. Im OECD-Vergleich sind die Ausgaben pro Schüler in Mexiko unterdurchschnittlich. Der Zugang zu Bildung ist nach wie vor stark vom Einkommen abhängig.

## **Mehr Steuereinnahmen durch eine Finanz- und Steuerreform**

Weitere wichtige Regierungsprojekte sind eine Finanz- sowie eine Steuerreform. Durch die Finanzreform soll der Wettbewerb im Finanzsektor gesteigert werden, um letztlich die Vergabe von Krediten an KMUs zu fördern. Anhand der weitreichenden Steuerreform sollen die Staatseinnahmen, die zunehmend vom Erdölexport abhängen, erhöht werden. Laut OECD rechnet die Regierung bis 2018 mit einem Anteil des Bruttoinlandsprodukts von 24%. Im Vergleich dazu betrug der Anteil 2013 21.6%. Die Reform soll zudem für mehr Steuergerechtigkeit sorgen: So wurden unter anderem der Steuersatz für Gutverdiener erhöht, Steuern auf Börsengewinne eingeführt sowie die Steuervorteile in den Grenzregionen durch eine Angleichung der Mehrwertsteuer auf den national üblichen Satz von 16% abgeschafft. Dies trifft vor allem die für die mexikanische Exportwirtschaft wichtigen Industrieunternehmen, die in den Grenzregionen zu den USA tätig sind. Kritik kommt daher vor allem von Seiten der Unternehmenschaft. Auch im Bereich der Unternehmensbesteuerung wurden Änderungen vorgenommen, um den Anteil von Unternehmen und Arbeitnehmern im informellen Sektor zu senken. Wirtschaftsexperten kritisieren jedoch, die Massnahmen seien wenig wisam.

## **Informeller Sektor, Korruption und Kriminalität als grosse Handicaps**

Die Grösse des informellen Sektors in Mexiko stellt ein enormes Problem dar, da dadurch das Wirtschaftswachstum gehemmt wird. Die Arbeitslosigkeit ist zwar generell tief, gemäss der OECD sind jedoch 57% der mexikanischen Arbeitskräfte und die Mehrheit kleiner Unternehmen im informellen Wirtschaftsbereich tätig. Deshalb hat die Regierung das Steuerregime für kleine Unternehmen geändert. Es wurden Anreize geschaffen, um diese Unternehmen zu animieren, sich im formellen Sektor zu betätigen und Steuern zu zahlen. Ähnliche Massnahmen waren nach Angaben der OECD in Brasilien erfolgreich. Bereits jetzt haben sich deutlich mehr Unternehmen als unter dem alten Steuerregime registrieren lassen. Laut OECD sind es mehrere Faktoren, die Unternehmen und Arbeitnehmer dazu verleiten, im informellen Sektor zu bleiben: Starke Regulierungen, die weit verbreitete Korruption und ungenügende Durchsetzung des Rechts. Der Grad der Korruption im öffentlichen Sektor in Mexiko sei direkt verknüpft mit der Grösse des informellen. Zur Senkung der Korruption sei es daher unerlässlich, den Übertritt von Unternehmen in den formellen Sektor zu fördern. Gemäss der Nichtregierungsorganisation Transparency International, die anhand eines Korruptionswahrnehmungsindex globale Korruption im öffentlichen Sektor aufzeigt, liegt Mexiko 2015 auf dem 95. Rang von 165 aufgelisteten Staaten. Von den lateinamerikanischen sind zehn besser klassiert. Darunter der zentralamerikanische Krisenstaat El Salvador (72.) sowie Brasilien (76.), das derzeit vor allem durch den Korruptionsskandal um den staatlichen Ölkonzern Petrobras für Schlagzeilen sorgt und dadurch im Index weit zurückgefallen ist. Mexiko hat sich seit dem Amtsantritt Peña Nietos nur marginal verbessert. Solange die in Mexiko tief verankerte Korruption nicht nachhaltig bekämpft wird, werden die Kriminalität und die Rechtsunsicherheit aufgrund mangelnder Strafverfolgung hoch bleiben und das Wirtschaftswachstum weiter hemmen.

## **Trotz staatlicher Sozialprogramme hohe soziale Ungleichheit**

Auch die nach wie vor hohe soziale Ungleichheit trägt nicht zu einem nachhaltigen Wachstum bei, da sie zu politischer Instabilität führt und die Attraktivität für Investitionen senkt. Gemäss einem Bericht der UNO-Wirtschaftskommission Cepal von 2015 leben in ganz Lateinamerika 29.2% der Bevölkerung in Armut. In Mexiko sind es über 50%. Während die Armut in der Region zwischen 2002 und 2012 um 15% zurückgegangen und seither stabil geblieben ist, stieg sie in Mexiko trotz einer Erhöhung der Staatsausgaben für Sozialprogramme um 126% zwischen 2006 und 2012 von 42.9% auf 52.3% an.

Gemäss dem Wirtschaftsmagazin Forbes verdient das reichste Prozent der mexikanischen Bevölkerung heute mehr als 20% der gesamten Einkommen des Landes. Um diesem Trend entgegenzuwirken, hat die Regierung ihr soziales Engagement erhöht: Ein neues Sozialprogramm wurde lanciert, welches das bisherige ablösen sowie dessen Massnahmen um zusätzliche ergänzen wird. Die Staatsausgaben sollen dabei nur leicht erhöht werden und durch erwartete Mehreinnahmen aufgrund der Reform kompensiert werden können.

## **Gute Aussichten trotz schwierigem Umfeld**

Trotz eines schwierigen internationalen Umfelds hat sich die mexikanische Wirtschaft im letzten Jahr gut behauptet. Die weitere Entwicklung wird nebst externen Faktoren zu einem nicht unwesentlichen Teil von der Umsetzung der Strukturreformen abhängen. Der IWF rechnet 2016 mit einem Wirtschaftswachstum um 2.5%. Für die gesamte Region Lateinamerika prognostiziert die Invest-

mentbank Morgan Stanley eine Stagnation und rechnet lediglich mit einem geringen Wachstum um 0.3%. Die lateinamerikanischen Staaten können ihre steigenden Staatsausgaben nicht mehr mit Exportdollars ausgleichen und die Kapitalflüsse aus dem Ausland nehmen ab.

Falls Mexiko seine Strukturreformen erfolgreich umsetzen wird, prognostiziert die OECD dem Land über die nächsten zehn Jahre eine jährliche Steigerung des Wirtschaftswachstums um 1%. Kurzzeitig wird die Energiereform den grössten Einfluss auf die Entwick-

**Die weitere Entwicklung wird nebst externen Faktoren zu einem nicht unwesentlichen Teil von der Umsetzung der Strukturreformen abhängen.**

lung der mexikanischen Wirtschaft haben, während die Bildungsreform langfristig den grössten positiven Effekt haben könnte. Auf lange Sicht am wichtigsten ist der Umstand, dass eine erfolgreiche und nachhaltige Umsetzung dieser Reformen den Lebensstandard aller Mexikaner verbessern könnte. Vorsichtiger Optimismus im Hinblick auf Mexikos Entwicklung ist somit angebracht.

# DAS EU-REFERENDUM GROSSBRITANNIENS – MÖGLICHE FOLGEN FÜR DAS LAND UND DIE EU

Manuel Knapp, M.A. in European Studies, Universität Basel

**Seit 2008 halten multiple Krisen den europäischen Kontinent in Atem. Das «in-or-out»-Referendum Grossbritanniens über den Verbleib in der EU birgt in beiden Ergebnissen nachhaltige Veränderungen, Drohkulissen aber auch Chancen zur tieferen Integration. Eine Zementierung eines Europas der verschiedenen Geschwindigkeiten oder eines «Europa à la Carte» scheinen realer denn je. Auch die bislang exklusive Beziehung der Schweiz zur EU wird durch die Abstimmung am 23. Juni 2016 einer Neubewertung unterzogen werden.**

Die «Schaffung einer immer engeren Union der Völker Europas» ist das erklärte Ziel der Mitgliedstaaten der Europäischen Union. Dass die Finalität der EU selbst in den gemeinschaftlichen Aufgaben nicht vollständig erreicht ist und die EU eine Art «Work in Progress» ist, wurde durch die Finanz- und Wirtschaftskrise in den letzten Jahren deutlich. Nicht alle notwendigen Kompetenzen zu einer vollständigen Wirtschafts- und Währungsunion lagen in Brüssel oder Frankfurt parat, um auf die wirtschaftlichen Schocks angemessen, schnell und tiefgreifend zu reagieren. Die Frage nach der Regierbarkeit eines Binnenmarktes der 28 Mitglieder, wovon 19 den Euro als Währung besitzen, stellte sich auf dem EU-Gipfel vom November 2011. Dort schickte sich die EU an, die zu Tage tretenden Lücken der EU-Architektur durch eine europäische Fiskalunion zu schliessen und die europäische Integration zu vertiefen[1]. Cameron's Grossbritannien, das bereits Ausnahmeregelungen in EU-Kernbereichen wie der Währungs- und der Grenzpolitik (Schengen) genoss, legte ein lautes, aber einsames Veto gegen die Fiskalunion ein[2]. Einmal mehr zementierte sich damit die unterschiedliche Vorstellung über die Kompetenzen und Entwicklung der EU. Grossbritanniens Standpunkt war damit klar beschreiben: Kein Pfund für den Euro. Oder anders formuliert: Solidaritätsverweigerung für die höchstmögliche Integrationsstufe der Europäischen Union.

Was seit diesem Veto seitens Grossbritanniens folgte, ist bekannt und unter der britischen Wunschanahme, die EU entwickle sich zurück in ein vollständiges intergouvernementales Europa, ein «Europa der Vaterländer», mit flachen Integrationsstufen, nachvollziehbar. 2013 verkündete Cameron nicht weniger, als bei einem Wahlsieg seiner Tories in den nationalen Wahlen 2015, das Verhältnis seines Landes zur EU und die EU als Ganzes grundlegend zu verändern. Dazwischen lagen 2014 allerdings auch die Wahlen zum Europaparlament, welche für Camerons Konservative zur herben Schlappe wurde. Die Anti-EU-Partei UKIP errang die meisten Sitze. Die Protestnote gegenüber der Regierung und gegenüber den Krisenmomenten auf dem Kontinent bestimmte fortan das Klima auf der Insel. 2015 gewann Cameron wider Erwarten die absolute Mehrheit im Unterhaus, was er nicht zuletzt dem britischen Wahlsystem zu verdanken hat. Unter proportionalen Sitzverteilungen, wie bei der EP-Wahl, hätten die über vier Millionen

UKIP-Stimmen 83 Abgeordnete ins Unterhaus einziehen lassen. So sitzt heute nur ein Vertreter UKIPs dort.

Die politische Landschaft Grossbritanniens zeigt sich vor dem EU-Referendum im Juni 2016 gespalten und ist seit gut zwei Jahrzehnten im Umbruch begriffen. UKIPs Hochburgen liegen vor allem im kulturell dominanten Teil des Vereinigten Königreiches von Grossbritannien und Nordirland, in England. Hinzukommt die Dominanz der pro-europäischen, separatistischen Scottish National Party (SNP) in Schottland. Die (pro-europäische) liberale Partei verschwand von der Regierungsverantwortung direkt in die Bedeutungslosigkeit und die Labour Party sucht unter Corbyn neue alte Wege abseits von New Labour, hält mehrheitlich der EU-Integration jedoch die Treue.

## Der Brexit und die Folgen für Grossbritannien und die EU

Wenn Volksabstimmung tatsächlich Abstimmungen über die Regierungsarbeit sind, wird sich die Aufmerksamkeit auf die geleistete Arbeit Camerons und seiner Partei im Vorfeld des EU-Referendums konzentrieren. Innerhalb des Kabinetts schwindet jedoch bereits die Unterstützung für den vom Premierminister eingeschlagenen Reformweg. Iain Duncan Smith, ein führender Vertreter des erzkonservativen Flügels quittierte seinen Job als Arbeitsminister und der ebenfalls konservative Bürgermeister Londons, Boris Johnson, bringt sich als populäres Sprachrohr der Brexit-Befürworter in Position, und gilt als einer der aussichtsreichsten Nachfolger Camerons auf das Amt des Premierministers[4]. Sollte die Mehrheit für den Austritt stimmen, werden wir vermutlich den Rücktritt Camerons sehen. Doch der Brexit hat innenpolitisch viel gravierendere Konsequenzen. Die SNP wird die Schottlandfrage erneut stellen. Anders als 2014 wird sie höchstwahrscheinlich eine Mehrheit für eine Unabhängigkeit und damit für ein Ja für eine EU-Mitgliedschaft erhalten. Damit wäre der «break-up of Britain» jedoch nicht zu Ende. Die Wiedervereinigung Nordirlands mit dem EU-Mitglied Irland wäre nicht nur unter ökonomischen Aspekten eine ernsthafte Option. Damit blieben am Ende des nächsten Jahrzehnts

**Die Auflösung des britischen Staates wie wir ihn heute kennen, wäre eine Jahrhundertaufgabe, die einen Austritt Grossbritanniens aus der EU noch in den Schatten stellt.**

die «little Englander» und damit jene Regionen übrig, die spätestens seit Thatcher stets skeptisch und seit UKIP offen ablehnend gegenüber der EU agierten bzw. agitierten. Die EU scheint in diesem Prozess wie ein Katalysator, der unverändert aus dem Referendum hervorgeht. Der seit 2009 in den Verträgen stehende Artikel 50 EUV erlaubt erstmals einem Mitgliedstaat den geordneten Rückzug aus der Union. Dieser soll in mindestens zwei Jahren vollzogen sein. Ein realistischeres Szenario für den juristischen Exit Grossbritanniens aus der EU, das vor 43 Jahren in der ersten Erweiterungsrunde zur EU stiess, umfasst mindestens ein ganzes Jahrzehnt. In dieser Zeit müssen in beidseitigen

Interesse Wege der Kooperation gefunden werden. Sowohl mit dem Austritt als auch mit dem Post-Brexit-Zeitraum betreten beide Partner absolutes Neuland. Keine der bekannten Alternativen zur Vollmitgliedschaft entspricht dem Anspruch der demokratischen Teilhabe an Entscheidungen (EWR: Die Norweger sprechen von einer „fax-democracy“) oder dem ökonomischen Schwergewicht Grossbritanniens (nur selektiver Marktzugang ohne Mitsprache wie in der Schweiz). Auch das WTO-Recht hilft hier nicht wirklich weiter. Zurecht spricht Cameron also von einem „leap in the dark“. Vergessen wird auch, dass die Aushandlung von Freihandelsabkommen mit anderen Staaten wie Kanada oder China ebenfalls mehrere Jahre in Anspruch nehmen wird. Der Abschluss eines Abkommens mit den USA vor der Beendigung von TTIP scheint ebenso unrealistisch. Sollte Schottland die Unabhängigkeit noch während der Phase der «Gütertrennung» zwischen GB und der EU erstreiten, sähe sich die britische Administration zusätzlichem Aufwand konfrontiert. Nur sie dürfte die Beitrittsverhandlungen Schottlands zur EU führen. All das sind Szenarien, die mit hohen Kosten, Unsicherheiten und Risiken verbunden sind. Also genau das Gegenteil dessen, was die Austrittsbefürworter verlautbaren.

## Auch ohne Brexit genügend Konfliktpotential in der europäischen Luft

Wenn Camerons Reformverhandlungen am 23. Juni durch die britischen Wähler goutiert werden, würde der Deal rechtskräftig und in späteren EU-Verträgen aufgenommen. Um die Briten weiter an Bord zu halten, kratzten die Staats- und Regierungschefs an den fundamentalen Prinzipien der Union. Exemplarisch genannt seien hier: die Nichtdiskriminierung aufgrund der Nationalität im Bereich der sozialen Dimension der Arbeitnehmerfreizügigkeit und der verklausulierten Opt-out der Briten zur «ever closer union», einem Passus, der der Union seit den Römer Verträgen 1957, als Orientierung und Leitmotiv einer stetig engeren Bindung der europäischen Staaten

**Es scheint nicht nachvollziehbar, wie nationalfixierte Regierungen in den Hauptstädten künftig in nächtlichen Ratssitzungen zu mehr Integration bewegt werden können, haben sie doch mit dem britischen Vorgehen und der britischen Regierung die besten Argumente am Ratsstisch sitzen, sich nicht einer gemeinsamen Integrationslinie anzuschliessen.**

und ihrer Bürgerinnen und Bürger diene. Der Deal bildet mental das Mindestmass an Integration, welches ein Vollmitglied innerhalb des Gemeinschaftsprojektes für sich beanspruchen könnte. Oder anders formuliert: es schlägt die Stunde nationaler Egoismen auf Kosten der europäischen Solidarität. Ein Szenario, auf das auch die Schweiz setzt. Die sektorielle Integration der Schweiz zielt geradewegs auf derartige Sonderkonditionen zwischen den EU-Mitgliedern ab, um die eigene besondere Position zu bewahren. Eine EU mit Willen zur festeren Integration, wie es in der Debatte um ein Rahmenabkommen mit der Schweiz vor dem 09. Februar deutlich wurde, setzt den «bilateralen Königsweg» enormem Stress aus. Die Verhandlungen mit Grossbritannien haben aber auch gezeigt, dass die EU im Nukleus des Binnenmarktes wie der Personenfreizügigkeit keine zahlenmässige Beschränkung im Sinne des vorliegenden Volksentscheides akzeptieren wird. Häme und Schlaumeierei seitens konservativer Kreise der Schweiz vernebelt die eigentlich notwendige Diskussion um weitere EU-Optionen der Schweiz.

Steht die EU an einem Scheideweg? Die Anzeichen dafür waren bislang nie so deutlich, da der Wille zur Kooperation seit geraumer Zeit spürbar nachlässt. Die

EU-Avantgarde der 19 Euro-Staaten, die ebenfalls (bis auf zwei) Mitglieder des Schengenraums sind, stellt de facto heute bereits ein Kerneuropa dar. Durch den festverankerten Anspruch der «ever closer union» bestand und besteht die Chance für alle europäischen Staaten hierauf aufzuschliessen. Die ersten Muskelspiele liessen auch nicht lange auf sich warten. Gleich nach Bekanntgabe des Verhandlungsabschlusses machten Gerüchte die Runde, die tschechische Regierung initiiere ebenfalls ein EU-Referendum. Diese wurden später demontiert, doch offenbart sich hier das Gefahrenpotential, die EU und ihre Errungenschaften zum Spielball nationalistischer Interessen werden zu lassen. Durch Camerons Kurs bestärkt, fordern die Oppositionellen Le Pen in Frankreich und Wilders in den Niederlanden nun offen EU-Referenden. Ein schlimmer Gedanke wäre, sollten nur rechtsnationale Populisten die Chance für Veränderungen der EU erkennen.

Die EU als Ganzes ist in vielerlei Hinsicht zu bedeutend, als dass sie ernsthaft zur Implosion freigegeben werden würde. Auch wenn das das Wunschscenario vieler Populisten hierzulande und in der EU ist. Ein «Europa à la carte», also ein Patchwork der Integrationsstufen und lockeren Zusammenschlüssen erweist sich ja gerade in der schweizerischen EU-Diskussion als höchst konfliktbeladen. Ein lockererer Verbund wie ihn die Konservativen Camerons bevorzugen oder die Schweiz zum „Königsweg“ erklärt hat, bleibt weit hinter den Möglichkeiten einer demokratischen Teilhabe zurück. In beiden Fällen wird der Marktwirtschaft eine grössere Wichtigkeit eingeräumt, als eine demokratische Teilhabe am Puls der Globalisierung. Gerade das direkt gewählte, supranationale EU-Parlament hat in den letzten Jahrzehnten die Position der EU-Bürger gegenüber international agierenden Konzernen und staatlichen Stellen massiv gestärkt (TAXE-Sonderausschuss, Roaming-Gebühren, Umwelt- und Verbraucherschutz, usw.). Ein freiwilliger Verzicht durch Austritt aus oder Nicht-Mitgliedschaft in der Union, ist aus demokratischer Sicht schwer verständlich. Eine weitere Forderung Camerons, nationalen Parlamenten Vorrang beim Entscheid von europäischer Tragweite zu geben, öffnet Lobbyisten Tür und Tor, einzelne Parlamente der Mitgliedsstaaten gegeneinander auszuspielen. Eine grenzüberschreitende Wirtschafts- und Währungspolitik bedarf ebenso einer gemeinschaftlichen Aufsicht, wie transnational agierende Konzerne demokratische Pendanten benötigen. Eine starke demokratische EU mit transparenten Institutionen ist deshalb die beste aller erreichbaren Möglichkeiten, den negativen Effekten der Globalisierung entgegenzuwirken. Dass die demokratischen Elemente der EU weiter ausgebaut werden können und müssen steht ausser Frage und muss eine zentrale Aufgabe der nächsten Jahre sein. Eine vielleicht kleinere, aber dafür tiefer integrierte EU, mit kompetenteren supranationalen Institutionen wie Parlament und Kommission für Lösungsmechanismen in den Bereichen Migration, Verteidigung, Währung und Wirtschaft ist ein Szenario, für das auch vermeintliche Rückschläge hingenommen werden können bevor die Kompromisse einer Aufgabe der selbstgesteckten Ziele gleichkommt.

## Die Drohkulisse in der derzeitigen Architektur bleibt

Warum sollte morgen nicht ein EU-Staat oder die Schweiz auf die Idee kommen, ein Sonderstatut für Schengen zu beanspruchen und damit die Reisefreiheit seiner und die der übrigen EU-Bürger auszuhebeln? Wir sind Zeitzeugen wie Rechtspopulisten Sitze um Sitze in den Parlamenten gewinnen und die Regierungen zu weiteren nationalistischen Politiken drängen, wohl wissend, dass viele der Forderungen auf der nationalen Ebene nicht mehr gelöst werden können. Sollten wir aus dieser politischen Irrfahrt nicht herausfinden, könnten wir bis 2030 weitere Akteure erleben, die versuchen werden, das Rad der EU-Integrati-



Exit-Strassenschild, Bearbeitung durch die Redaktion. Creative Commons CC0. Bildquelle: Pixabay

on zurückzuschrauben. Fest steht aber auch, dass ein EU-Austritt (oder auch nur die Kündigung der Bilateralen) für den scheidenden Partner zu grösseren Verwerfungen führen wird und somit tatsächlich ein «leap in the dark» darstellt. Wir würden damit jedoch erst wieder auf die harte Tour zur Einsicht gelangen. Die Drohung des Vetos oder Austritts muss sich letztlich jedoch auch immer in der ökonomischen und politischen Realität widerspiegeln. Die EU hat bereits mehr als einmal gezeigt, dass sie Wege aus institutionellen Krisen herausfindet. Die Frage ist nur: wie?

Deshalb ist es umso wichtiger - unabhängig vom Ergebnis im Juni - die Zeit nach den grossen drei Krisen in den Bereichen der Finanzen, Institutionen und des Humanitären als Reflexionsphase zu nutzen, inne zu halten und eine Neujustierung der europäischen Ziele vorzunehmen. Dies darf jedoch nicht den Regierungen allein überlassen werden. Dazu müssen die Bürger aller europäischen Staaten ihr eigenes und das durch Medien und Parteien skizzierte Bild der EU hinterfragen. Dies geht am besten durch das Ausleben von der EU garantierten Privilegien: Zum Beispiel der Reise- und Arbeitsfreiheiten. Die EU und damit der gesamte Kontinent wird diesen Krisenmodus erst dann verlassen, wenn wir Europäer bereit sind,

**Der Brexit kann auch eine integrative Wirkung auf die EU haben, nämlich dann, wenn sich die Wunschscenarien der Nationalisten nicht erfüllen und wie oben gezeigt, sogar die staatliche Einheit durch einen EU-Austritt bedroht ist.**

einen Plan für die gemeinsame Reise zu entwerfen. Trotz aller Aufmerksamkeit für ihre Wahlerfolge und Parolen stellen die Nationalisten und Anti-Integrationsstimmen nicht die Mehrheit. Ein entscheidender Punkt für eine engagierte europäische Zivilgesellschaft. Die Generation Erasmus ist besonders gefragt, ob sie es sich leisten kann, in einem Europa zu leben, das seinen Bewohnern Schikanen aus längst vergangenen Tagen zumutet: Arbeitsverbote aufgrund der Nationalität, Schlagbäume, Visaanträge und Schnäpse statt Cassis-de-Dijon. Die nationale Ant-

wort auf die Krisen ist ein Reflex, kein rationaler Lösungsansatz. Schliesslich machen Bedrohungen für Leib und Leben nicht an einer vermeintlich souveränen Grenze mit Schlagbaum halt. Dies gilt für den Terrorismus, die Erderwärmung ebenso wie für den Verbraucherschutz und die Stärkung der Bürgerrechte gegenüber transnational agierenden Konzernen. Dass ein Raum der Sicherheit, der Freiheit und des Rechts nicht nur auf Grenzen angewiesen sein muss, sondern die europäische Ebene die passende Antwort auf die Herausforderungen unserer Zeit darstellt, muss stärker ins Bewusstsein der europäischen Bürgerinnen und Bürger gelangen. Mit diesem Bewusstsein im Gepäck der Bürger Europas würde das Erpressungspotential nach Sonderkonditionen einzelner Staaten enden und schliesslich auch der Brexit seinen Schrecken verlieren. Die Veränderung der europäischen Politik beginnt somit bei jedem Bürger der EU, und der Einsicht, dass die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts an keiner nationalen Grenze mehr Halt machen, und uns als Bürger Europas und nicht als Passinhaber eines Nationalstaates betreffen.

Zum Autor: Manuel Knapp arbeitet seit 2012 in verschiedenen Bereichen der EU-Analyse. Nach Aufhalten in Basel, Brüssel und Berlin arbeitet er derzeit im Generalsekretariat der Neuen Europäischen Bewegung Schweiz (Nebs) in Bern. Weitere Informationen unter [www.manuel-knapp.eu](http://www.manuel-knapp.eu). Twitter: @KnappManuel

[1] PricewaterhouseCoopers, «Die Eurozone braucht eine Fiskalunion», PwC, zugegriffen 20. März 2016, <<http://www.pwc.de/de/offentliche-unternehmen/die-eurozone-braucht-eine-fiskalunion.html>>.

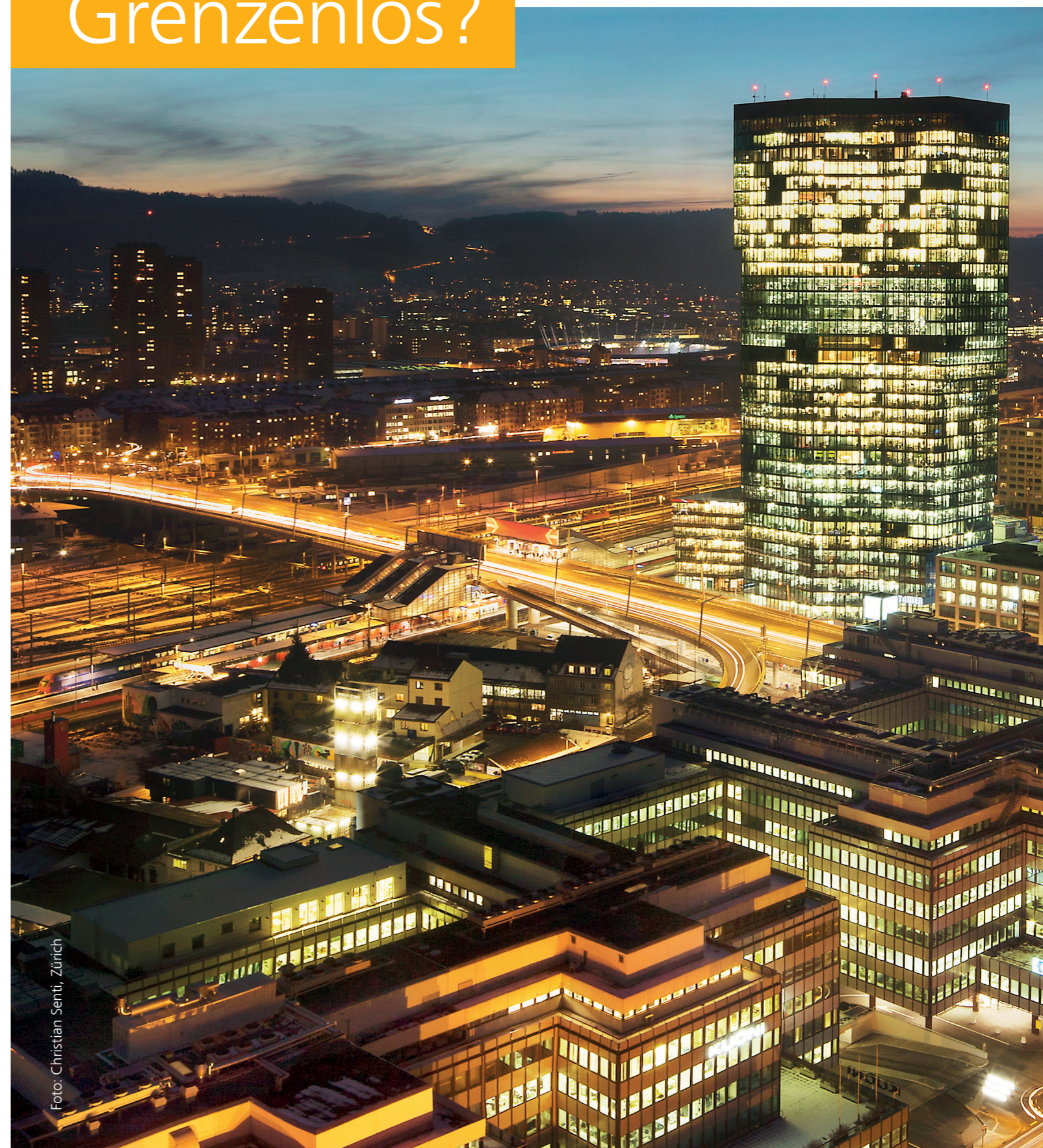
[2] SPIEGEL ONLINE Germany Hamburg, «Britischer Premier Cameron: Der Mann, der nein zu Europa sagte», SPIEGEL ONLINE, zugegriffen 20. März 2016, <<http://www.spiegel.de/politik/ausland/britischer-premier-cameron-der-mann-der-nein-zu-europa-sagte-a-802842.html>>.

3 First past the post-System.

[4] n-tv Nachrichtenfernsehen, «Person der Woche: Boris Johnson: Mister Brexit will Premier werden», n-tv.de, zugegriffen 23. März 2016, <[http://www.n-tv.de/politik/politik\\_person\\_der\\_woche/Mister-Brexit-will-Premier-werden-article17059026.html](http://www.n-tv.de/politik/politik_person_der_woche/Mister-Brexit-will-Premier-werden-article17059026.html)>.

14

## Grenzenlos?



Ernst **Basler** + Partner

Mit Freude und Engagement entwickeln wir innovative und effektive Lösungen für die Herausforderungen unserer Zeit.

[www.ebp.ch](http://www.ebp.ch)



# QUANTENCOMPUTER KÖNNTEN UNSERE DATENSICHERHEIT GEFÄHRDEN

Kathrin Gerhard, M.Sc. in Physik, ETH Zürich

**Ob bei Bankgeschäften oder Online-Einkäufen: Überall schützen Kryptosysteme unsere Daten. Sicher sind die gängigen Verschlüsselungstechniken aber nur, solange es keine Computer gibt, die schnell genug rechnen können. Ein neu entwickelter Quantencomputer könnte dieses Defizit erschreckend schnell wettmachen.**

Wenn wir über das Internet einen Flug buchen, schicken wir unsere Kreditkartendetails an die Fluggesellschaft. Uns wird jedes Mal versichert, dass solch ein Kauf ein sicherer Vorgang und unsere Daten geschützt seien. Doch ist dem wirklich so? Um Datensicherheit zu gewährleisten, muss das verwendete Verschlüsselungsverfahren sicherstellen, dass einzig und alleine die Firma unsere Kreditkartennummer erhält und keine Drittpartei. Die gängigen Verfahren, die in der Praxis zur Verschlüsselung von Informationen verwendet werden, sind die sogenannten *public key cryptosystems*.

## Unser Ein und Alles: Public key cryptography

Die Grundidee eines *public key cryptosystems* kann im Modell mit Hilfe eines Briefkastens erklärt werden. Alice gehört ein Briefkasten, der etwas anders funktioniert: Der Schlitz für den Briefeinwurf ist abgeschlossen. Allerdings hängt der Schlüssel (der sogenannte *public key*) neben dem Briefkasten, so dass er der Öffentlichkeit jederzeit zur Verfügung steht. Damit können wir das Grundzenario einer privaten Nachrichtenübertragung simulieren: Jeder, der Alice einen Brief schicken möchte, benutzt den *public key*, um seine Nachricht in den Briefkasten zu werfen. Alice benutzt ihren Briefkastenschlüssel, den sogenannten *private key*, um ihre Post aus dem Briefkasten zu holen. Sie allein ist im Besitz dieses Schlüssels. Damit ist ein abhörsicheres System gegeben. Zwar kann ihr jeder Nachrichten schicken, Alice ist jedoch die einzige, welche die Nachrichten lesen kann.

In der realen Welt wird der Prozess des Briefeinwurfs beispielsweise durch die Online-Transaktion von Daten ersetzt. Der Empfänger ist dann die Bank, die Zahlungen durch den Kunden erhält. Der Kunde kopiert den öffentlichen Schlüssel (in der Praxis ist das zum Beispiel eine Zahl mit vielen Stellen) und verschlüsselt damit seine Nachricht mit einer für das gewählte Kryptosystem charakteristischen Methode. Um gegen ungewolltes Abhören geschützt zu sein, ist es wichtig, dass dieser Vorgang schwer umkehrbar ist. Und zwar selbst dann, wenn jemand den öffentlichen Schlüssel besitzt. Die Nachricht ist nun zugriffssicher übertragen worden. Der Empfänger, beispielsweise die Bank, hat zusätzlich zum öffentlichen noch einen privaten Schlüssel, welcher erst den umgekehrten Vorgang der Verschlüsselung, die Entschlüsselung, möglich macht. Klingt eigentlich perfekt, nicht wahr?

Die beschriebene Methode entspricht allerdings einem Idealfall, den es in Wirklichkeit nicht gibt - zumindest noch nicht. Niemand hat bisher bewiesen, dass die heute verwendeten Kryptosysteme sicher sind. Das bedeutet aber nicht, dass in Zukunft nicht doch ein Weg gefunden werden kann.

Das wohl bekannteste und am häufigsten eingesetzte Kryptosystem ist das *RSA cryptosystem*, nach seinen Erfindern Rivest, Shamir und Adleman benannt. Es wird in fast allen wichtigen Datenübertragungsprozessen verwendet, ob bei E-Mail-Verschlüsselungen, elektronischem Banking oder Kartenzahlungen. RSA und viele andere Kryptosysteme machen sich ein uraltes Problem der Zahlentheorie zunutze: die Primfaktorzerlegung von Zahlen.

## Schwer zu knacken: das Faktorisierungsproblem

Jede natürliche Zahl lässt sich als Produkt von Primfaktoren zerlegen, also als Produkt von Zahlen, welche nur durch eins und sich selbst teilbar sind. 15 ist in 3 mal 5 zerlegbar, 91 ist 7 mal 13 und so weiter.

Für kleine Zahlen ist es relativ einfach ihre Primfaktoren zu finden. Je grösser die Zahl, desto schwieriger wird es. Das Faktorisierungsproblem ist so kompliziert, dass selbst ein Computer bei immer grösseren Zahlen lange rechnen muss, um die Aufgabe zu

**Die Sicherheit heutiger Verschlüsselungen beruht allein auf dem Fakt, dass bisher alle Versuche, sie zu knacken, gescheitert sind.**

lösen. Schliesslich gibt es sehr grosse Zahlen, die unsere herkömmlichen Computer nicht mehr in Primzahlen zerlegen können. Der Rechenaufwand ist schlicht so gross, sodass er jede sinnvolle Zeitspanne überschreitet. Folglich sind unsere heutigen Verschlüsselungssysteme nur sicher, weil es noch keine Computer gibt, die schnell genug rechnen können. Anscheinend wird darauf vertraut, dass dies so bleiben wird.

## Neue Rechenkapazitäten dank Quantenmechanik

Es gibt Indizien dafür, dass Quantencomputer es zukünftig ermöglichen werden, unsere Kryptosysteme zu knacken. Solch ein Computer funktioniert nach den Regeln der Quantenmechanik. In dieser grundlegenden physikalischen Theorie wird ein Teilchen (wie beispielsweise ein Atom oder ein Elektron) zu einem Informationsträger. Allerdings kann nach den Gesetzen der Quantenmechanik ein solches Teilchen nicht nur zwei Einstellungen, 0 und 1, haben (wie ein klassisches Bit), sondern gleichzeitig beide Werte verkörpern; das Teilchen nimmt einen sogenannten Superpositions- oder Überlagerungszustand an. Diese physikalische Eigenschaft ermöglicht es, Teilchen als Quantenbits, als elementare Quanteninformationsträger zu benutzen. Man nennt diese Qubits. Wenn man solche Qubits mit entsprechender Technik manipuliert werden, wie zum Beispiel mit elektromagnetischer Strahlung, kann man mit ihnen Rechnungen durchführen, einen Algorithmus implementieren. Hiermit ist die Grundidee des Quantencomputers geboren, einer Maschine, die mit Quantenteilchen rechnen kann. Angedacht wurde diese Technik 1982 von Richard Feynman und seither gibt es verschiedene Arten der Implementierung.

Der Vorteil eines Quantencomputers gegenüber einem herkömmlichen, «klassischen» Computers ist seine Rechenkapazität. Durch die effiziente Nutzung der Überlagerungszustände kann ein

einzelnes Qubit viel mehr Information speichern als ein klassisches Bit. So können viele Rechenoperationen parallel ausgeführt werden und der Quantencomputer rechnet um einiges schneller als ein klassischer Computer. Diese Eigenschaft scheint vielversprechend, gleichzeitig stellt sie eine Gefahr für unsere Datensicherheit dar, da das Faktorisierungsproblem so zumindest in der Theorie viel schneller lösbar ist.

Schon 1994 erfand Peter Shor einen Algorithmus für die Lösung des Faktorisierungsproblems auf einem Quantencomputer. Mithilfe eines klassischen Computers könnten alle Schritte dieses Algorithmus ausgeführt werden, bis auf einen einzigen. Dieser eine Schritt ist der entscheidende des Algorithmus, für ihn wird der Quantencomputer benötigt. In der Theorie ist somit bestätigt, dass Primfaktoren mit einem Quantencomputer in signifikant weniger Rechenschritten aufgespürt werden können, als ein klassischer Computer mit den bisherigen Methoden für dieselbe Aufgabe brauchen würde. Auf Shor's Entdeckung des vielversprechenden Algorithmus folgten erste Versuche, Quantencomputer auch tatsächlich zu bauen.

## Ein skalierbarer Quantencomputer

So einfach das Prinzip eines Quantencomputers in der Theorie erscheint, so schwierig ist seine Realisierung. Dabei werden nicht die Grundbausteine eines Quantencomputers zum Problem. Teilchen, die sich als Qubits eignen, gibt es genug, auch die Kontrolle einiger weniger Qubits stellt kaum Probleme dar. Selbst Shor's Algorithmus wurde mehrmals erfolgreich mit einem Quantencomputer berechnet. Die erste experimentelle Implementation erfolgte 2001 von Vandersypen und seinen Kollegen. Die Forscher am IBM Almaden Research Center und an der Universität Stanford nutzten NMR (Nuclear magnetic resonance)-Techniken zur Manipulation von sieben Kernspins eines künstlichen Moleküls, welches in 1018-facher Ausführung in einer Flüssigkeit in einem Magnetfeld gehalten wurde. So konnten die Forscher die Zahl 15 in 3 mal 5 zerlegen.

Problematisch bei der Implementierung des Quantenrechners ist die Skalierung. Die quantenmechanische Eigenschaft der Superposition, die den Quantencomputer so effizient macht, ist gleichzeitig sein Problem: Die Superpositionszustände der Qubits sind sehr empfindlich gegenüber Störungen. Je mehr Rechenaufgaben man lösen möchte, desto mehr Qubits werden gebraucht. Mit einer grösseren Anzahl Qubits erhöht sich deren gegenseitige Störung, sodass es schwieriger wird, den Quantencomputer zu kontrollieren. Dieses Problem ist allgemein als Skalierungsproblem bekannt. Je grösser der Quantencomputer, desto schwieriger wird es, das System solange isoliert zu halten, bis alle Rechnungen durchgeführt sind.

Jahrelang wurde Shor's Algorithmus auf Quantencomputern mit unterschiedlichen Bauteilen implementiert. Die Validität und experimentelle Umsetzbarkeit des Algorithmus wurden bewiesen. Das Problem der Skalierung blieb dagegen ungelöst. Dies scheint sich nun geändert zu haben: Forscher des MIT und der Universität Innsbruck präsentierten Anfang März 2016 eine neue Art Quantencomputer, bestehend aus nur fünf Qubits. Der Quantencomputer wurde mit einer sogenannten Ionenfalle realisiert: Mehrere geladene Atome (Ionen) werden durch elektrische und magnetische Felder in einer Vakuumkammer festgehalten. Jedes Ion entspricht dabei einem Qubit. Die fünf Ionen werden gekühlt, so dass sie sich kaum bewegen und mit Laserpulsen bearbeitet. Durch diese genau bestimmten Pulse ändern sich die Zustände der Ionen auf die gewünschte Weise, sodass ein kontrolliertes Implementieren der Rechenoperationen des Shor-Algorithmus möglich ist. Mit diesen fünf manipulierbaren Qubits konnten die Forscher die Primfaktoren 3 und 5 aus der Inputzahl 15 berechnen lassen.

Das Besondere hierbei ist nicht das Lösen dieser einfachen Rechenaufgabe. Schon frühere Quantencomputer konnten kleine Zahlen in ihre Primfaktoren zerlegen und damit beweisen, dass es möglich ist, den von Shor entwickelten Algorithmus zu implementieren. Vielmehr wurde eine drastische Reduktion der benötigten Qubits für ebendiese Rechenoperation gegenüber früheren Implementierungen erreicht (dort waren 12 Qubits für das Faktorisieren der Zahl 15 benötigt worden). Zusätzlich erlaubt die Technik der Ionenfallen eine so präzise Kontrolle der einzelnen Qubits, dass diese auch bei grösserer Anzahl Qubits nicht signifikant schlechter wird. So sind die Forscher überzeugt, dass sich ihr Quantencomputer in Zukunft skalieren lässt, indem mehr Ionen hinzugefügt werden und mehr Laserpulse zur Kontrolle verfügbar sind. Es wird höchstens noch ein Problem der Technologie (und vielleicht des Geldes) sein, einen grösseren Quantencomputer zu bauen, aber mit Sicherheit nicht ein Problem der zugrundeliegenden Physik.

Mit einem solchen Quantencomputer wäre in Zukunft das Faktorisieren von immer grösseren Zahlen mit kurzen Rechenzeiten möglich. Sollte der Bau von grossen Quantencomputern Erfolg haben, bedeutet das eine reale, für unsere Datensicherheit nicht zu unterschätzende Gefahr. Vielleicht wäre es sinnvoll, langsam auf Techniken umzustellen, die nicht die Unfähigkeit der bisherigen Computer als Grundlage einer Verschlüsselung annehmen. Stattdessen sollte man sich darauf konzentrieren, Verschlüsselungsmethoden zu finden, die auch ein Quantencomputer nicht knacken kann.



Ist der Quantencomputer ein Rückschritt in puncto Datensicherheit? Fotografin: Caroline Methot

# VON INTEGRATION UND ABSCHOTTUNG: DIE MIGRATIONSPOLITIK EUROPAS

Simon Graf, B.A. in Politikwissenschaft, Universität Zürich

**Man hat Arbeitskräfte gerufen, und es kamen Menschen. So beschrieb Max Frisch 1964 die Arbeitsmigration und den gescheiterten Versuch, die Gastarbeiter von damals wieder in ihre Heimatländer zurückzuschicken. Was mit Arbeitern nicht funktionierte, wird mit Kriegsflüchtlingen nicht einfacher werden.**

Nach einem überraschend kurzen Gipfeltreffen mit der Türkei hat die Europäische Union nach dem Abschluss des sogenannten Türkei-Deals seit dem 18. März dieses Jahres die rechtliche Grundlage, Flüchtlinge, welche auf dem Seeweg irregulär nach Griechenland gelangen, in die Türkei zurückzuschicken. Diese Rückschiebung kann nach der ordentlichen Prüfung des jeweiligen Asylantrages durch Griechenland geschehen, sofern darin eine persönlich bestehende Gefahrensituation in der Türkei nicht glaubhaft geltend gemacht werden kann. Für jeden zurückgeführten syrischen Flüchtling gelangt ein Migrant auf regulärem Weg aus der Türkei in die EU. So der Plan. Diese Massnahme soll offenbar die Anreize einer illegalen Überfahrt nach Griechenland mindern und so schlussendlich auch das Geschäft der Schlepper stoppen, denen in der Debatte um die Flüchtlingskrise häufig eine grosse Mitschuld an den Opferzahlen im Mittelmeer angelastet wird. Ausserdem sollen in der Türkei mit EU-Geldern neue Strukturen für Flüchtlinge geschaffen werden. Ob die Türkei dadurch motiviert werden kann, ihrerseits die Küste zu überwachen und Boote am Ablegen zu hindern, bleibt fraglich. Ausserdem hat sich bereits in der Vergangenheit gezeigt, dass sich Flüchtlinge längst nicht von der Schliessung einer Route aufhalten lassen. Aber zumindest hat man in der EU mit diesem Deal etwas Zeit gewonnen. Zeit, darüber nachzudenken, wie mit diesen Migrationsströmen umgegangen werden kann. Und vielleicht auch etwas Zeit für einen lehrreichen Rückblick.

## Wovon man lernen könnte

Ein Blick auf die vergangenen 60 Jahre macht deutlich, dass es sich bei dem momentan anhaltenden Migrationsstrom weder um einen Einzelfall, noch um ein neues Phänomen handelt und bietet eindrückliche Beispiele dafür, was Europa zu leisten imstande ist – wenn es denn will. Die Realisierung des Marshallplans zum Wiederaufbau Europas und die daraus folgende wirtschaftliche Prosperität sowie der kriegsbedingte Arbeitermangel führten zu einer hohen Anziehungskraft Europas auf ausländische Einwanderer. Darüber hinaus kam mit der einsetzenden Entkolonialisierung Afrikas und Asiens und den vielerorts damit einhergehenden kulturellen, religiösen oder ethnischen Konflikten ein Push-Mechanismus hinzu. In

**Ein Blick auf die vergangenen 60 Jahre macht deutlich, dass es sich bei dem momentan anhaltenden Migrationsstrom weder um einen Einzelfall, noch um ein neues Phänomen handelt.**

dieser Phase der Zuwanderung nach Europa war auch das Erlangen einer Staatsbürgerschaft vergleichsweise leicht. Teilweise wurden die Bewohner ehemaliger Kolonien direkt als Bürger anerkannt, in anderen Fällen führte man

vereinfachte Einreise- und Einbürgerungsprozeduren ein. Die gegebene wirtschaftliche Situation, sowie ein gewisses Verantwortungsgefühl gegenüber ehemaligen Kolonien dürften somit für die relativ konfliktarme Integration in den Nachkriegsjahren verantwortlich gewesen sein. Auch die 200'000 ungarischen Flüchtlinge, welche sich 1956 nach dem niedergeschlagenen Volksaufstand in den Westen aufmachten, wurden in Westeuropa gut empfangen und integriert. Natürlich wollte sich der Westen, in Anbetracht des herrschenden Systemkonflikts, im Umgang mit politischen Flüchtlingen zusätzlich solidarisch zeigen.

**Die Teilnahme am Arbeitsmarkt senkt nicht nur das Risiko, in die Kriminalität abzurutschen, sondern vermittelt auch wichtige Kontakte zwischen Einheimischen und Einwanderern.**

Obwohl das Thema Migration bereits seit den 1960er Jahren Teil der öffentlichen Debatte in Europa ist, verschärfte sich der Ton gegenüber Immigranten nicht bis Ende der 1980er Jahre. Der rasch angestiegene Anteil an Zuwanderern, nicht zuletzt aufgrund von Familienzusammenführungen, schürte in der Bevölkerung Ängste vor wirtschaftlichem Nachteil (welche jedoch, was zahlreiche Studien belegen, weitestgehend unbegründet sind) und kulturellem Zerfall. In der Folge wurde beispielsweise 1993 in Deutschland das Asylrecht eingeschränkt. Dies hinderte das Land jedoch nicht daran, in den folgenden Jahren mit rund einer halben Million Kriegsflüchtlingen aus dem Balkan, das mit Abstand grösste Kontingent in Europa aufzunehmen. In Relation zur einheimischen Bevölkerung hatte allerdings Österreich die höchste Zahl an Flüchtlingen aus dem Balkan, nämlich ungefähr 6 auf 1000 Einwohner. Hauptverantwortlich für die gelungene Integration in Österreich war gemäss Helmut Kodydek, damals Hauptverantwortlicher für das Flüchtlingsprogramm im Ministerium für Inneres, die Öffnung des Arbeitsmarktes, wie er in einem Interview mit ORF.at festhielt. In diesem Zusammenhang fällt häufig das Argument, wonach insbesondere westeuropäische Staaten heute hauptsächlich hochqualifizierte Arbeitskräfte benötigen, für Immigranten mit tieferem Bildungsniveau jedoch keine Arbeitsplätze vorhanden wären. Zwar steigen in besagten Volkswirtschaften nach wie vor die Anteile an Arbeitsplätzen im tertiären Sektor. Mit einem Blick auf die innereuropäische Migration wird aber klar, dass Westeuropa auch heute Arbeiter mit tieferem Bildungsniveau beschäftigen kann und davon profitiert. Seit der EU-Osterweiterung 2004 stieg die Anzahl der Migranten aus den acht neuen Mitgliedsstaaten, Malta und Zypern nicht eingerechnet, in den restlichen EU Ländern von 900'000 auf über 1.9 Millionen. Dabei handelt es sich keineswegs um die oft beschriebenen Sozialschmarotzer. Im Gegenteil sind sowohl die Erwerbsquo-

te höher und auch die Arbeitslosenquote tiefer als in der Bevölkerung des Gastgeberlandes[1]. Ausserdem muss erwähnt werden, dass bei dem Bildungsniveau, beispielsweise in Syrien, keinesfalls subsaharische Verhältnisse herrschen. Selbst Afghanistan schneidet in diesen Belangen deutlich besser ab. Hinzu kommt, dass sich nicht jedermann in den Kriegsgebieten in Syrien und im Irak ein Ticket nach Europa leisten kann. Dies legt den Schluss nahe, dass die Migrationsströme einen überproportionalen Anteil an gut ausgebildeten Menschen beinhalten.

## Kulturelle Integration als Lösungsansatz

Was also kann getan werden, um ein Zusammenleben in Europa dauerhaft zu ermöglichen? Zum einen wäre da die kulturelle Integration. In diesem Bereich verfolgen viele Staaten Europas heute eine Politik, welche den Multikulturalismus anerkennt, akzeptiert und teilweise fördert. Wenn man allerdings die kürzlich stattgefundenen Landtagswahlen in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt als Indikatoren nehmen will, scheint dieser Ansatz in der Bevölkerung auf wenig Gegenliebe zu stossen (Deutschland erklärte sich im Jahr 2000 offiziell zu einem multikulturellen Land). In Schweden, welches bereits seit 1975 multikulturelle Politikprogramme betreibt, halten die rechtsnationalistischen Schweden Demokraten seit den Wahlen 2014 14% der Parlamentssitze. Da schon zu Zeiten geförderter und geforderter Assimilation Phasen einwanderungsfeindlicher Stimmung herrschten, dürfte dies nicht die ausschlaggebende Veränderung gewesen sein. Viel eher muss die wirtschaftliche Integration gefördert werden.

Die Teilnahme am Arbeitsmarkt senkt nicht nur das Risiko, in die Kriminalität abzurutschen, sondern vermittelt auch wichtige Kontakte zwischen Einheimischen und Einwanderern. Insbesondere in Regionen mit tiefem Ausländeranteil und entsprechend wenig Kontaktmöglichkeiten ist die Zustimmung zu migrationsfeindlichen Parteien und Programmen deutlich höher als andernorts. Vielfach sind jedoch die institutionellen Hürden zurzeit zu hoch. Diese beginnen bei mangelhaften Verfahren zur angemessenen Anerkennung von Ausbildungen, führen über viel zu lange Wartezeiten bei der Prüfung von Asylanträgen bis hin zu bewusst ausgesprochenen Arbeitsverboten. In Europa sollte weniger über Kontingente und Zäune debattiert werden. Nur weil die neu aufstrebenden rechtspopulistischen Parteien dies als Allgemeinlösung darstellen, ist es das noch keinesfalls. Hinzu kommt, dass eine lösungsorientierte Politik im Migrationsbereich, zumindest für die Wähleranteile von Rechtsausen, wenig vorteilhaft sein dürfte. Das Aussperren von Kriegsflüchtlingen ist für Europa schlicht keine Option, wie auch Filippo Grandi, Hoher Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen, in einer Rede vor dem Europäischen Parlament festhielt.

Europäische Regierungen sollten nach dem geglückten Türkei-Deal die gewonnene Zeit nutzen und konstruktive Lösungen für die Probleme finden. Und wenn es nur wäre, das Volk über die tatsächliche Grösse dieser aufzuklären.

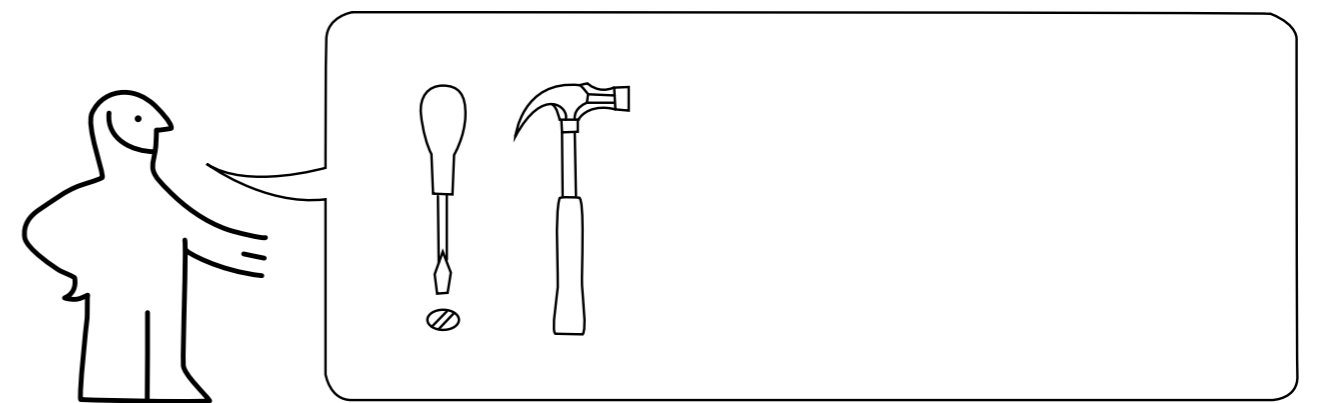
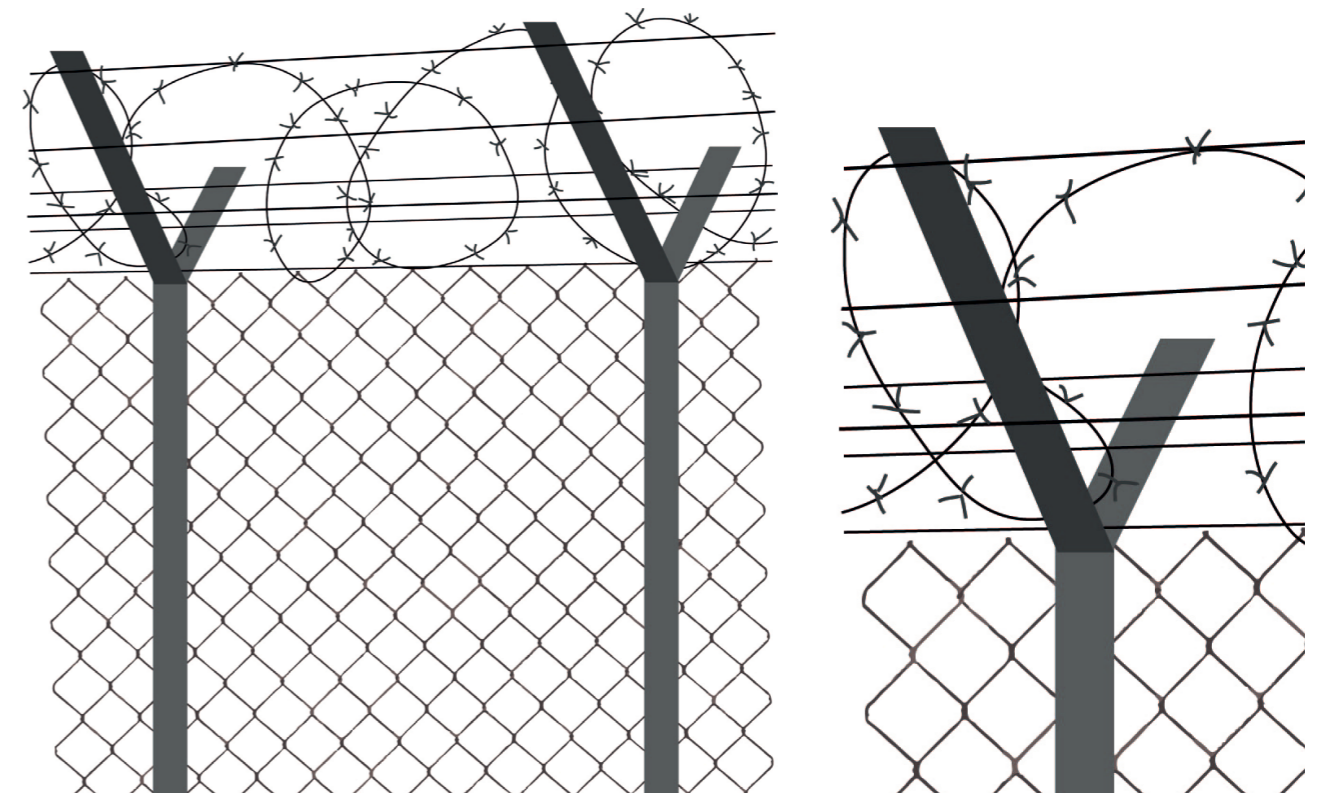
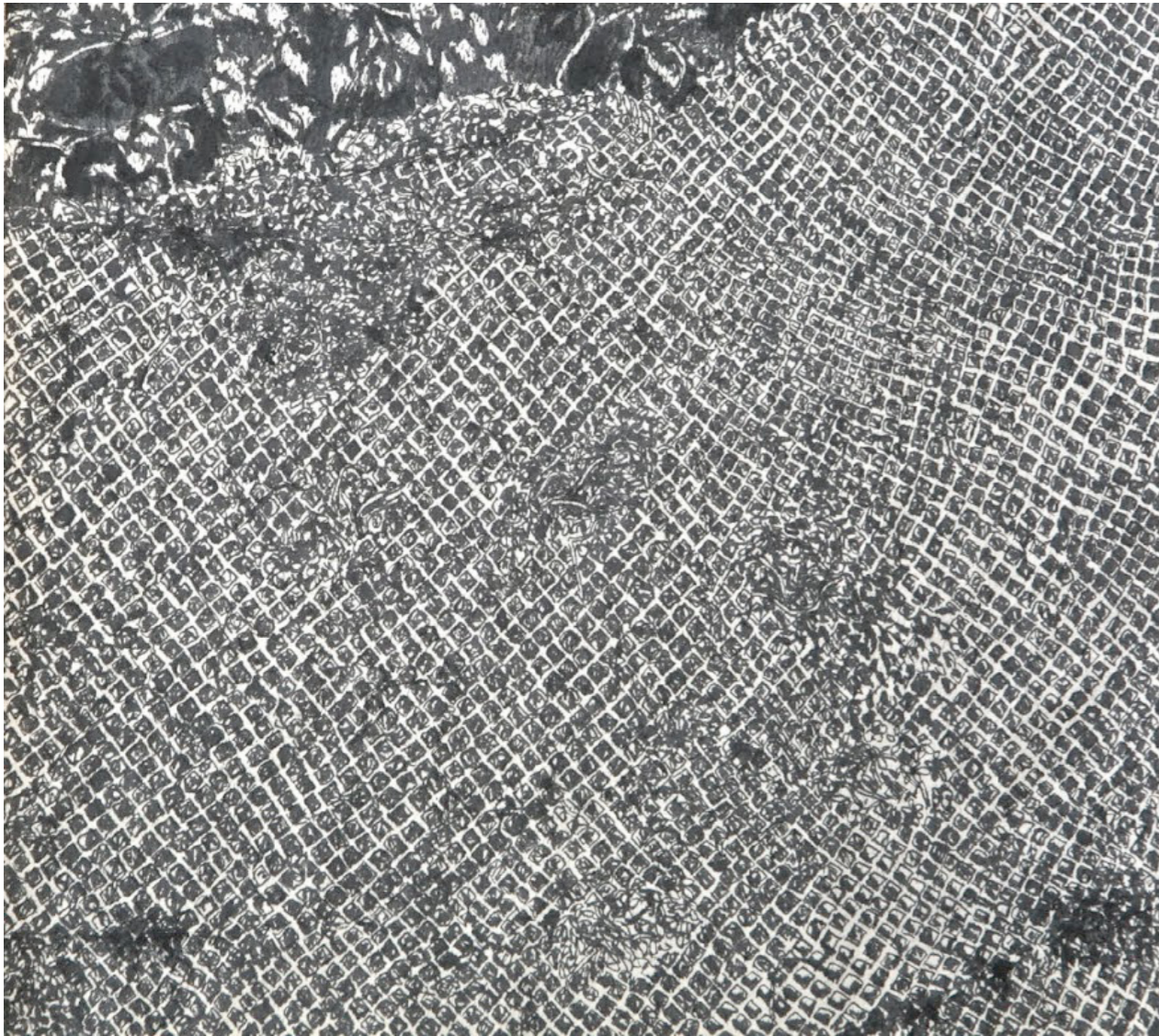
[1] Kaczmarczyk, Pawel, Lesinska, Magdalena und Okólski, Marek (2015): Shifting migration flows and integration policies in Europe - An overview. In: Pietsch, Julien und Clark, Marshall (Hrsg): Migration and Integration in Europe, Southeast Asia and Australia - A Comparative Perspective. Amsterdam: Amsterdam University Press, 36.

# GRENZLIG

Nachbars Katze verrichtet ihr Geschäft stets in ihrem Blumenbeet?  
Nachbars Tochter stiehlt ihre Tulpen?

Gegen all diese Probleme hilft **GRENZLIG**, der praktische Grenzzaun zum Selbermontieren.

Verfügbar in drei trendigen Farben.



# IRAN AND SAUDI ARABIA - FEUD ON THE GULF

Benno Zogg, M. A. am King's College London in Conflict, Security and Development

**Shia Iran and Sunni Saudi Arabia have been rivals for decades. However, the religious factor proves inadequate to analyse their dispute and understand why they go out of their way to keep Syria or Yemen in their camps – in fact, they struggle for power in the region and for the stability of their regimes.**

With the political memory of our generation, assuming it reaches back one decade at most, we may have assumed some fundamental truths about the Middle East: The conflict between Israel and Palestine is so deeply entrenched that all mediation efforts are futile. The struggle towards democracy in the Arab world is a hard piece of work. Iran and Saudi Arabia are the region's arch-rivals, and their antagonism as well as the conflicts in the region mostly stem from the sectarian divide between Shia and Sunni Islam.

However, when regarding the bigger picture, as this issue of the Zurich Globalist suggests, one needs to question such contemporary common sense. With regard to Iran and Saudi Arabia, this article will establish that hostility between the two regional powers has not always been as severe as these days, and thus need not persist until 2030. The sectarian divide may be an ugly reality but is not the most revealing lens through which conflicts can be seen. To that end, the article will trace back the rivalry in history and suggest that it is a struggle for power, influence and regime stability rather than a fundamentalist religious feud.

## Evolution of a Rivalry

The Iranian nation dates back thousands of years to the vast Persian Empire, where people were mostly Zoroastrians. Persia was later subject to Arab conquests but was never colonised by a Western power, which remains a source of great pride. Shia Islam became the official religion in the area in the 16th century. Saudi Arabia's history, in contrast, is much younger. The state was created in 1932 on a peninsula organised in tribes, through an alliance between the house of Saud and the radical Wahhabi religious leaders, with help of the British. After World War II, Iran and Saudi Arabia became major US allies in the region; Nixon called it their «two pillars». However, some argue that Saudi Arabia was never taken quite as seriously as Iran.

The 1979 Iranian Revolution overthrew this situation. The authoritarian and westernised Shah regime was replaced by a theocracy under Ayatollah Khomeini. Only then did the sectarian divide between Shia and Sunni, between Persians and Arabs, come to the forefront. This event was a major turning point for the Middle East. The new Iranian and the Saudi regime legitimised their power through their respective currents of Islam. Khomeini soon despised the Saudi rulers as a «band of heretics» and «traitors of the holy shrine». Iran's revolutionary constitution and agenda threatened the old monarchies around the Gulf such as Saudi Arabia, Bahrain, the Emirates, Jordan, Qatar or elsewhere – after all, they still ruled the same way the exiled Shah had. Moreover, the Shia school advocated support for the oppressed, which inspired unrest among the disadvantaged Shia minority in Saudi Arabia, and a coup attempt by Bahrain's oppressed Shia majority. As a consequence, the Saudis started exporting their own version of Islam.

The Iran-Saudi rivalry articulated itself in the 1980s, when Saddam Hussein's Iraq attacked Iran, att-

empting to establish Iraq as a regional power. Saddam was encouraged and later financed by Saudi Arabia – an alliance that underscores the role of power over sectarianism: Saddam was part of the secular Baathist movement and thus posed a threat to Saudi Arabia himself, but was also seen as a tool to weaken their common rival Iran. During the Iran-Iraq war, tensions were higher than ever, with Iran mining the Gulf and hitting ships in Kuwaiti ports with missiles, and the Saudis shooting down Iranian jets. Eight years of conflict left about a million dead, without any territorial changes. Meanwhile, in the Lebanese civil war, a strong Iran-backed Shia militia evolved: Hezbollah. Today, it fights at the frontline with its Iranian ally for Assad in Syria.

Only with the Iranian Revolution in 1979 did the Sunni-Shia divide come to the forefront.

## From Spring to Winter ...

When their relationship seemed damaged to the utmost, Saddam Hussein attacked Kuwait in 1990, an event that both Saudi Arabia and Iran condemned. The death of Ayatollah Khomeini further opened a window of opportunity for a rapprochement of the two powers. Under the Iranian reformist President Khatami and the more supportive Saudi Crown Prince Abdullah, Saudi Arabia and Iran almost normalised relationships by concluding two major accords in 1998 and 2001.

Yet this springtime proved to be short-lived, and that is probably where our generation's political memory sets in. Somewhat ironically, the major turning point in the Middle East, and hugely unfavourable for the Saudis, was the disastrous US invasion of Iraq in 2003. Iran's enemy, the Saddam Hussein regime, was swept away with its army dissolved. The evolving chaos and the Sunni disillusionment favoured the new Shia-dominated and Iranian-influenced Iraqi government as well as various Shia militias. Moreover, a US coalition had already removed the Taleban from power in Afghanistan; yet another Iranian enemy, with which they almost fought a border war. The election of the fundamentalist Mahmoud Ahmadinejad for president in Iran further soured relations with Saudi Arabia.

## ... to Spring

A last major geopolitical turning point that reshuffled cards and was of paramount importance to today's mess in the Middle East was the so-called Arab Spring from 2010. This time Saudi Arabia sensed opportunities to strengthen its position, first and foremost vis-à-vis Iran. In Egypt, it vehemently opposed the short-lived Muslim Brotherhood government under Mohamed Morsi – for domestic reasons mostly, because Saudi Arabia's own Muslim Brotherhood are contesting the Saud's legitimacy to rule. With military dictator El Sisi, a Saudi ally once again rose to power.

In tiny Bahrain, the oppressed Shia majority took to the streets to demonstrate against the Sunni ruling family. As Bahrain called for outside help, Saudi Arabia intervened in conservative, royalist fashion and crushed the protests. In both Iraq and Syria, a proxy war between Iran and the Saudis emerged, with Iran and Hezbollah supporting the Iraqi government and its

Iran goes out of its way to keep Assad in power – does that make the IS the Saudis' ideal ally?

long-term ally, the Syrian President al-Assad.

The level of commitment on the part of Iran and Hezbollah for the Assad regime is remarkable. Saudi Arabia is much more opaquely bolstering all kinds of Sunni opposition groups against them, hoping to remove Iran's ally Assad from power and thus to isolate Hezbollah. Once again, the sectarian lens does not help one understand the conflict clearly: The «Islamic State», a radical Sunni organisation, seems to be an ideal ally for Saudi Arabia to weaken its Shia adversaries in Damascus and Baghdad. However, IS advocates its own radical and anti-Western brand of Islam – thus threatening the 'decadent' Saudi rule as self-declared custodians of the holy shrines of Mecca and Medina, and as the main Arab ally of the United States. It is ironic to see that, when me-

Iran and Saudi Arabia see their relationship as zero-sum, and cannot resist hurting each other.

rely considering religion, radical Shia Iran is supporting a secular regime, Assad's Baathists while the liberal West is supporting its moderate Islamic adversaries. Religion may be a major motivation for violence, yet another ongoing conflict is an even better example of how short-sighted a sectarian interpretation can be: the war in Yemen.

## Yemen – Ever-Changing Alliances

Currently, a Saudi-led coalition – comprising the UAE, Egypt, Sudan, Kuwait, Bahrain, and Jordan – is battling the Houthi rebels, who almost took over Yemen; ostensibly in support of its legitimate president, Abed Hadi. The Houthi, who originated as a Shia religious movement, have been fighting the government from their base in northern Yemen for a long time, recently with much success. Iran is alleged to support the Houthis. Saudi Arabia is therefore inclined to depict them as an Iranian proxy, even if in reality the level of Iranian support is very low. Surprisingly, the Saudis themselves had supported the Shia religious movement from which the Houthi militia evolved. In the 1960s, they were united in their fight against leftists under the banner of secular Pan-Arabian socialism, advocating a united popular Arab world, which threatened the conservative Saudi monarchy even more at the time. Parts of the Houthis' success today

can be explained by the new alliance they forged with former president Saleh, who was ousted in the course of the Arab Spring. He had been a Saudi ally for decades before that, most notably against – you may guess the turn of events – the Houthis he is allied with now. To add another twist to the pattern of alliances in Yemen today, the Houthis' Shia school is actually closer to the Sunni interpretation on the Arabian Peninsula than to the centralised, revolutionary Shia school Iran advocates. In terms of religion, today's Iranian support for the Houthis would thus not make sense. How can one make sense of current alliances in Yemen? Yemen is, once again, a prime example of three matters: 1) External influence is often overstated. The conflict in Yemen has many layers, one of neglect and authoritarianism, tribalism and separatism. Outside powers – namely many Saudi interventions, or US drone strikes – have always influenced the conflict but were not decisive. 2) Iran and Saudi Arabia currently cannot resist hurting each other, and Yemen is the most important proxy conflict they fight apart from Syria/Iraq. 3) Iran and Saudi Arabia's domestic agenda, and the regimes' wish to stay in power, matters much. Particularly Saudi Arabia is afraid of the Yemeni conflict spreading to its neglected southern provinces. It intends to weaken all of Iran's supporters considering the Shia minority living in the east of Saudi Arabia. Their fear of regime change explains the ever-higher fortune Saudi Arabia is spending on defence.

## The Persian/Arab Gulf in 2030

It has been established that the sectarian card is often played in Middle Eastern politics and conflicts. It works as a powerful mobiliser and legitimiser, yet it may not offer a comprehensive explanation. Both the Saudi and Iranian governments are interested in maintaining domestic calm, notably regarding their minorities. In Saudi Arabia's eastern provinces, a sizeable Shia minority is discriminated against. In Iran, Sunni in the east and south, as well as Kurds in the west, are reason for concern to the regime. By interfering in regional conflicts and bolstering their respective allies, both countries aim to protect their own rule and interests.

The recent sealing of a nuclear deal between the West and Iran once again altered the regional balance. Even if the deal remains and sanctions remain lifted, it will take Iran decades to catch up economically. Nonetheless, Saudis remember that the Shah's Iran, with its much larger population, was Washington's major ally once. Smaller states in the Gulf may also be keen on relaxing relationships with Iran to secure economic opportunities. There is speculation that one reason for Saudi Arabia flooding global markets with oil is to keep Iran down. This is short-sighted, as current low oil prices hurt both countries, pushing the need for both to reform their economies and welfare states.

With recent technological military advance-

ments, both countries, Iran and Saudi Arabia, are now capable of damaging each other militarily. Distrust is high, particularly considering recent events, and once again led to the cutting of diplomatic ties which followed the 2015 Hajj pilgrimage accidents and the Saudi execution of Shia cleric al-Nimr. There are plenty of reasons for increased hostility. Ongoing disputes in Syria/Iraq or Yemen may escalate. New conflicts may emerge, possibly in Lebanon, or conflicts involving Turkey. More importantly, both powers could be tempted to meddle in each other's domestic affairs. Saudi Arabia and Iran could back members of each other's respective religious minority in marginalised provinces, hoping to instigate civil unrest and riots, or even violent uprisings, and thus weaken their opponent from the inside. Such a turn of events could escalate quickly since it would threaten the stability of the regimes themselves. Moreover, it should not be taken for granted that in 2030 Saudi Arabia, if still bearing that name, will still be ruled by the Saud dynasty, or that Iran will still have a theocratic government.

In a most probable scenario, their rivalry will most likely persist. Yet with regard to their rapprochement in the 1990s, it may ease. The two countries, probably still led by the same autocratic regimes as today, may not become friends but rather see opportunities for business or common interests in Organization of the Petroleum Exporting Countries (OPEC) countries. 2030 is not as far ahead as one may think, and regimes such as the ones in Riyadh and Tehran are slow at adapting. Political reforms and an eventual rapprochement between these countries will not come about quickly. Whether we still deal with the Ayatollahs or the house of Saud on top of the two regional powers is likely, yet not carved in stone. Both regimes lack domestic opposition as little as the conflicts in their neighbourhoods. They should stop seeing their relationship as zero-sum, and resist the urge to fight each other. Instead they should address the needs of their marginalised minorities, disillusioned youth, disadvantaged women and liberal parts of society.

	Iran	Saudi Arabia
Population	77.5 million	30.8 million
GDP per capita (nominal)	\$5300	\$20.700
Defence spending	\$15.9 billion (2014)	\$81.8 billion (2015)
Dependence on oil and gas – as % of government revenues	50%	90%
% Sunni	4-8%	75-90%
% Shia	90-95%	10-25%

# Der VSUZH vertritt mit löwenstarkem Einsatz deine Anliegen.



Verband der Studierenden der Universität Zürich **VSUZH**



**MERKUR DRUCK**

**MERKUR DRUCK –  
INNOVATIV UND UMWELTBEWUSST**

 **HIER DRUCKT  
DIE SCHWEIZ**

**Merkur Druck AG**  
Langenthal // Burgdorf // Unterseen

[www.merkurdruck.ch](http://www.merkurdruck.ch)

# UKRAINE AND RUSSIA: RETHINKING THE BILATERAL RELATIONS

Olena Shumska, M.A. in International History, Graduate Institute of International and Development Studies (IHEID)

**Recently, the relations between Ukraine and Russia have deteriorated from brotherly to hostile. While the apparent reason might be the shift in the Ukrainian foreign policy, in the present article I argue that this can be better explained by the deeper societal transformations which have been taking place in Ukraine.**

Russia's and Ukraine's histories are deeply intertwined. Russians and Ukrainians share the East Slavic ethnic background that implies similarity in culture, languages, and traditions. For several centuries, Russia and the Soviet Union adroitly used the concept of the All-Russian nation to justify their political purposes. It was claimed that the Russian nation comprised three branches: Great Russians (Russians), Little Russians (Ukrainians) and White Russians (Belarusians). At the core of this notion was the perception of Kyivan Rus as

*While pro-Russian politicians were dominating the government, the cordiality prevailed on the level of individuals.*

the common «cradle» of Eastern Slavs, which has given birth to Russkiy narod<sup>1</sup>. And the fact that the state of Rus originated in Kyiv seemed to leave the idea of the separate development of Russia and Ukraine out of question. Even though this interpretation changed over time, it has continued to influence both Russian and Ukrainian public discourses even after the collapse of the Soviet Union.

## Setting the Framework: an Assymetrical Pair

How can we characterize the relations between Russia and Ukraine since the dissolution of the USSR until late 2013? I believe that a major feature is the strongly marked inequality between the two states in terms of Russia's aspiration to prevent Ukraine from both European and Euro-Atlantic integration. This is expressed in the constant emphasis on the undesirability of the NATO approaching its borders. Moreover, Russia kept on trying to engage Ukraine in its reintegration projects. While Ukraine has managed to avoid some of them cunningly, such as the Collective Security Treaty Organization, it did take some part in others.

Strikingly evident here is the «carrot-and-stick» policy performed by Russia especially in the domain of Ukraine's energy sources dependency. There seems to have been an inverse ratio between the degree of the pro-Russianness of Ukrainian policy and the gas prices levels. Prominent examples were the gas wars between Russia and Ukraine in 2005-2006, which were Russia's response to the Orange Revolution that had occurred in Ukraine the previous year. Another brilliant example were the Kharkiv Accords that provided Ukraine a price reduction for oil in exchange for the extension of the lease of the Russian Black Sea Fleet. These tendencies in bilateral relations have been a subject of political and public debates throughout the post-Soviet years. Notwithstanding a distinct power asymmetry, the relations remained amicable. There might be a simple explanation for this. While pro-Russian politicians were dominating the government, the cordiality prevailed on the level of individuals.

## Euromaidan as a Revolution of Thinking

The first signs of the upcoming rivalry were already tangible during the protests which started after the failure to sign the Ukraine-European Union Association Agreement. Undoubtedly, non-signature suited Russian interests. For this reason, the Russian media, when interpreting the protests in Kyiv, were incessantly stressing their anti-constitutional nature and overdramatizing the radicalism of the protests. However, what in reality was behind the anti-governmental protests?

One of the explanations for the Ukrainian revolution of 2014, which was very popular and preoccupied Western media for a prolonged period, was that of a civil war enkindled by the conflict between two different ethnic groups: Russians and Ukrainians. However, the divergence between them is not that great to provoke such a degree of violence since the two are mixed and have been living side by side for centuries. Instead, the underlying conflict is much deeper, and the conflicting groups were not linguistic groups, but rather groups that represented different thinking patterns. It is hard to coin a proper term, but I would ascribe the term «post-Soviet» to those who had sympathies with the old regime and «Western, or liberal» to revolutionary forces. And while Russia was expecting the automatic support of the Russian-speaking population, it turned out that a considerable number of the Russian-speaking individuals considered themselves to be Ukrainians.

Another explanation offered and favored by Russia was that the revolution had been provoked and accompanied by the outbreak of radicalism and ultranationalism. Even though such forces did take part in the revolution, they were by no means its driving force and did not represent the whole Ukrainian society. In fact, the small support for nationalist parties during the elections of 2014 confirms this claim. For example, neither *Pravy Sektor* or *Svoboda* managed to get into parliament.

Consequently, in winter 2013-2014 during the Euromaidan, Western values gained a victory over the old pro-Russian and quasi-Soviet regime, thus establishing favorable conditions for the future development of the rule of law, human rights, and democracy. It is useful to look at the societal dimensions of this revolution. It was mostly organized by students, middle-class, and highly-educated people, all having had the opportunity to develop a liberal thinking. In Russia, however, because of authoritarian control

*Losing the Crimea was painful, but the war in the Eastern Ukraine claimed too many lives to be forgotten.*

over the society, there had not been the conditions for a critical mass of those people to evolve. This means that the Ukrainian society has undergone transformations which were absent in Russia. Nonetheless, this might not have exerted such an important influence on bilateral relationships, if there had been no further violent actions from Russia.

## Crema and Donbass: Solidifying the Ground

After the Maidan had won its victory over the state and the provisional government had come to power under

pro-Western slogans, it became clear to Russia that Ukraine had escaped its political orbit. The appearance of the «little green men»<sup>2</sup> in the Crimea and the hasty referendum were then made possible by the political instability in Kiev. Of course, the following public reaction was violent, but what finally shaped the rivalry between the two countries was the military conflict in the East. Losing the Crimea was painful, but the war in the Eastern Ukraine claimed too many lives to be forgotten.

The daily discouraging news from the East and the outbreak of violence added up with the earlier success of the revolution and the post-revolutionary outburst of national sentiments, gave ground for further continuation and enhancement of social mobilization. Eventually, it took the form of volunteers providing humanitarian aid and of self-organized military volunteers cooperating with the state

*Ukraine has finally made its «Western choice» both on the level of the elite and of the general public.*

military forces. It contributed to the fact that the Ukrainian identity began to emerge as one opposing Russia. Russia started to represent the evil «them», thus differing from the good «us». In practice, this took place in the form of boycotting Russian goods, curtailing social interactions, renaming the geographical features which bore the Soviet legacy, and getting rid of the primary symbol of the Soviet pride – the celebrations of the Great Patriotic War. Thus, much effort was put into distancing from Russia by obliterating the principal manifestations of a once shared identity.

## No Way Out?

The urgent issue is what the future holds for the bilateral relations between Russia and Ukraine. Is there a possibility that Russia and Ukraine could return to pre-revolutionary friendly terms? In my view, in the short-term perspective, the answer is negative since, after years of multivector policy<sup>3</sup>, Ukraine has finally made its «Western choice» both on the level of the elite and of the general public. The

task of Ukrainian policymakers is to find the proper format for bilateral relations, which will minimize political cooperation with Russia, but still leave room for economic one. Owing to the fact that Russia is one of the primary trade partners of Ukraine as well as because of geographical proximity, the two countries are destined to co-exist.

In the long-term perspective, the evolution of the relations between the two countries is hard to predict since many variables are at play: the Ukrainian society itself, political transformations or the lack of them in Russia, the future of the European Union, and the state of global relations. We can contemplate on how many years it would take for Crimea to be reintegrated, but I think it is a useless endeavor. Regardless of the loss of the control of the central government over some territory of Ukraine, the bigger part of it is still under its control, and the main ambition now should be to carry out democratic reforms. But one thing can be stated for sure: The patterns of Russia-Ukraine interaction residing on imperial and Soviet sentiments have been broken, and there is no going back.

<sup>1</sup> In the Russian language, there are two terms that are both translated into English as «Russian»: «русский» («Russkiy») and «российский» («Rossiyskiy»). The first one derives from the word «Рус» which describes the principalities existing in the Eastern Europe in the 9-13th century. The second one springs from the word «Россия». «Russkiy» is usually used to refer to nationality, meaning Slavic ethnicity and Orthodox Christianity, while «Rossiyskiy» refers to the citizenship of present-day Russia.

<sup>2</sup> The term «little green men» was coined during the annexation of Crimea and is used to describe the masked Russian soldiers in unmarked green uniforms.

<sup>3</sup> «Multivector policy» is a term used to describe the foreign policy of Ukraine since independence and until 2014. It was established to attempt to integrate into European and Euro-Atlantic organizations while simultaneously preserving deep political and military cooperation with Russia.

# DIE ERSCHAFFUNG EINES STAATES – DER FALL KOSOVO

Adrian Schawalter, B.A. in Politikwissenschaft und Geographie

**2015 begann die europäische Flüchtlingskrise. Unzählige Menschen flohen nach Europa. Es wurden über 1.3 Millionen Asylgesuche gestellt. Auch innerhalb Europas flüchteten Menschen, etwa aus dem Kosovo. Im Land herrscht seit 1999 Frieden, viele verlassen jedoch das Land mangels Perspektiven. Die NATO beendete 1999 den Kosovokrieg mit einem Luft Einsatz gegen das damalige Jugoslawien. Daraufhin fassten die westlichen Staaten den Entschluss, im Kosovo einen funktionierenden Staat zu errichten. Trotzdem fliehen heute wieder Menschen aus dem Land. Was ist schief gelaufen?**

## Krieg, Internationale Verwaltung und Unabhängigkeit

Der Kosovo war seit Ende des 2. Weltkriegs Teil der Sozialistischen Föderativen Volksrepublik Jugoslawien. In den 90er-Jahren erklärten immer weitere der ehemaligen Teilrepubliken Jugoslawiens wie Kroatien und Slowenien ihre Unabhängigkeit. Nachdem dem Kosovo die bisherigen Autonomierechte innerhalb der serbischen Teilrepublik genommen wurde, erklärten die Kosovo-Albaner nach einem inoffiziellen Referendum ihre Unabhängigkeit. Die Unabhängigkeitserklärung wurde jedoch ignoriert und Kosovo-Albaner wurden zunehmend diskriminiert. Einige Jahre später und nach anfänglich gewaltlosen Protesten formierten sich bewaffnete kosovo-albanische Gruppen. Sie begannen den Staat und die serbische Minderheit im Kosovo anzugreifen, was zum Einmarsch der jugoslawischen Armee führte und schliesslich in einen Bürgerkrieg ausartete. Der Welt sicherheitsrat rief daraufhin den kosovarischen Widerstand und die jugoslawische Zentralregierung mehrmals an den Verhandlungstisch und erreichte 1998 schliesslich einen Waffenstillstand. Der Konflikt brach jedoch bereits im Folgejahr erneut aus. Die NATO begann bald einen international nicht unumstrittenen Luftkrieg und bombardierte Teile Jugoslawiens, um eine humanitäre Katastrophe zu verhindern. Grosse Teile der kosovarischen Bevölkerung wurden in dieser Zeit vertrieben. Schliesslich erklärte sich die Regierung in Belgrad bereit, den Friedensbedingungen zuzustimmen. Der Kosovo erhielt politische Autonomie und die UNO übernahm die Verwaltungsaufgaben. Der Konflikt kostete etwa 13 500 Menschen das Leben und über eine Million Menschen mussten ihre Heimat verlassen, die Mehrheit davon Kosovo-Albaner.

Den Staaten, die am NATO-Einsatz beteiligt gewesen waren, war ein erfolgreicher Wiederaufbau des Kosovo wichtig. Grund dafür war auch, dass sie ihren Militäreinsatz als «humanitäre Intervention» dargestellt hatten und nun unter Rechtfertigungsdruck standen. Deshalb wurde viel Aufwand und Geld in State-Building und Demokratisierung investiert. So wurde die EU mit der Aufgabe des Wiederaufbaus und der wirtschaftlichen Entwicklung beauftragt. Die UNO befasste sich mit der Koordinierung von humanitärer Hilfe und dem Errichten einer funktionierenden Verwaltung. Polizeiaufgaben wurden zu Beginn von UNO-Polizisten erledigt und mit der Zeit an neu ausgebildete inländische Kräfte übertragen. 2008 erklärte sich der Kosovo schliesslich für unabhängig. Die Verwaltung des Territoriums ging damit zurück in lokale Hände. Das bedeutete ein Ende des UNO-Engagements. Teile der Aufgaben und der Aufsicht wurden jedoch an die EU übertragen. Zwei Jahre nach der Unabhängigkeitserklärung 2010 wurden die ersten nationalen Wahlen abgehalten, 2012 beendete die EU die meisten ihrer Aufsichtsaufgaben und die kosovarischen Behörden erhielten die volle Kontrolle über das Land. Jedoch ist die «Rechtsstaatlichkeitsmission» der EU (EULEX), die dem Aufbau von Polizei und Verwaltung dient, noch immer im Land und hat weitgehende Kompetenzen.

## Probleme und Scheitern

Trotz grosser ausländischer Unterstützung, unter anderem in Form von Hilfgeldern, fliehen heute wieder Leute aus dem Kosovo, weil sie im Land keine Perspektiven mehr für sich sehen. Der Plan, einen funktionierenden Staat zu schaffen, ist grösstenteils gescheitert. Der Kosovo wird teilweise sogar als «failed state» bezeichnet.

Es gibt viele Probleme: Zum einen existiert grassierende Korruption und die politische Elite des Landes, die grösstenteils aus dem bewaffneten Widerstand hervorgegangen ist, ist in verschiedenste kriminelle Aktivitäten verstrickt. So wird dem aktuellen Präsidenten vorgeworfen in den Organhandel und in Auftragsmorde involviert gewesen zu sein. Die Bevölkerung des Kosovo hat weder grosses Vertrauen in den Staat noch besonders viele Erwartungen an die Zukunft. Parallelorganisationen sind verbreitet und untergraben die Glaubwürdigkeit und Autorität des Staates. Ursache und Folge zugleich für diese Situation ist auch die wirtschaftliche Stagnation. Ein grosser Teil der Einnahmen

des Landes stammt von Kosovo-Albanern, die im Ausland leben und arbeiten, und von anderen Staaten. Im Kosovo selbst bleibt die Arbeitslosigkeit hoch und die Ungleichheit wächst. Es gibt jedoch auch positive Umstände: Die Polizei hat generell einen guten Ruf und funktioniert besser als in den meisten Nachbarländern, das Land gilt als sicher. Überdies hat der Staat kaum Schulden und die Wirtschaft wächst, auch wenn das kaum in der Bevölkerung angekommen zu sein scheint. Insgesamt ist die Bilanz der internationalen Unterstützung jedoch enttäuschend.

Es gibt verschiedene Erklärungsversuche für dieses bedenkliche Ergebnis. Ein möglicher Grund könnten fehlinvestierte Auslandshilfen sein. So floss sehr viel Geld durch internationales Personal und Sicherheitskräfte zurück an die Geberländer und nur ein kleiner Anteil wurde in die Verbesserung der Infrastruktur und in die Ankerbelung der Wirtschaft investiert. Es wird kritisiert, dass man kriminelle Organisationen aufgrund deren Verbindungen zum Staat zu wenig verfolgt hatte, um das Land nicht zu destabilisieren. Generell kann festgehalten werden, dass kurzfristige Stabilität und Sicherheit oft höher gewichtet wurden als eine langfristige, nachhaltige Entwicklung.

Ein anderes Problem war, dass die kosovarische Regierung unpopuläre Entscheidungen der internationalen Verwaltung zugeschoben und dadurch die eigene Glaubwürdigkeit untergraben hatte. Es gibt auch das Dilemma, dass es zur Entwicklung eines stabilen Staates und einer stabilen Demokratie nicht unbedingt derselben Bedingungen bedarf. Das führt zu Ineffizienz und Blockierungen im Aufbauprozess.

## Internationale Politik und «fragile states»

Was bedeutet das Beispiel des Kosovo für die Welt? Momentan kann man eine zunehmende Zahl von «fragile» bis hin zu «failed states» beobachten: Syrien, Irak, Afghanistan, Libyen und Somalia sind die bekanntesten Beispiele. Die Situationen in diesen Ländern sind teilweise katastrophal und haben in mancher Hinsicht direkte Konsequenzen für die westlichen Staaten. Meistens zeigen sich diese in Form von Flüchtlingswellen, welche Europa erreichen. Doch instabile Staaten sind auch ein Sicherheitsrisiko; etwa Konfliktherde, welche auf Nachbarländer übergreifen und schliesslich ganze Regionen betreffen oder gar global zu Problemen und Unsicherheit führen können.

Schon alleine aus diesem Sicherheitsgedanken heraus wird die Staatengemeinschaft in Zukunft ein Interesse daran haben, diese Staaten zu stabilisieren oder zumindest zu versuchen, die Konflikte zu deeskalieren. Doch wie soll das geschehen? State-Building im Fall Kosovo hätte eigentlich funktionieren müssen: Viel Geld wurde investiert, starke internationale Kontrolle ausgeübt, der politische Wille war da, die Kultur einigermaßen vertraut, das Land war befriedet und es existierten bereits funktionierende Strukturen. Zudem ist der Kosovo mit etwa 1.8 Millionen Einwohnern ein kleines Land. Diese Bedingungen, verbunden mit dem grossen Aufwand der internationalen Organisationen, machten den Kosovo zu einem der erfolgversprechendsten Unterfangen von State-Building seit dem 2. Weltkrieg. Dennoch hat das Projekt die Erwartungen nicht erfüllt. Dass noch komplexere solche Projekte wie im Irak und in Afghanistan katastrophal verlaufen sind, erstaunt aus dieser Perspektive kaum.

In den letzten zehn Jahren konnte man eine Zunahme von fragile states beobachten. Es ist zwar möglich, dass es sich nur um eine kurzfristige Entwicklung handelt. Jedoch könnten verschiedene globale Trends, wie die Erderwärmung und die Multipolarisierung der Weltpolitik, die Wahrscheinlichkeit von Konflikten und somit die von fragile states erhöhen. Selbst unter der Annahme, dass die Methoden zum State-Building verbessert und erfolgreicher werden, ist es wahrscheinlich, dass die Existenz von instabilen Staaten zu einer Normalität in der Weltpolitik wird. Diese Staaten haben stagnierende Volkswirtschaften und werden oft durch interne Konflikte zusätzlich destabilisiert. Das führt zu einem Sicherheits- und Flüchtlingsproblem bei den entwickelten Ländern. Diese werden sich, wenn auch widerwillig, verstärkt in die Angelegenheiten der instabilen Länder einmischen und versuchen, die Situation zu verbessern. Eingriffe der entwickelten Staaten bedeuten jedoch nicht unbedingt Besserung, riskieren gar eine Eskalierung, wie zum Beispiel eine Ausweitung nationaler Konflikte zu Stellvertreterkriegen.

Der Fall Kosovo zeigt, dass State-Building ein sehr schwieriger und komplexer Prozess ist. Gleichzeitig scheint die Zahl instabiler Staaten derzeit zuzunehmen, wodurch die Welt in Zukunft instabiler und konfliktreicher werden könnte. Das gilt bis zu einem gewissen Grad auch für die industrialisierten Länder, die mit indirekten Folgen wie internationaler Gewalt und Flüchtlingsströmen konfrontiert werden. Die internationale Staatengemeinschaft täte gut daran anzuerkennen, dass die momentanen Flüchtlingskrisen und der internationale Terrorismus sie noch lange begleiten werden. Sie sollte sich auf die Konsequenzen vorbereiten.

28 / 29



# ALS DAS UN-FLÜCHTLINGSCAMP SCHEITERTE, BAUTEN FREIWILLIGE SELBST EINS

Valentina Suter, B.A. in Germanistik und Politikwissenschaft, Universität Zürich

**Letzten Sommer hat die griechische Insel Lesbos tragische Berühmtheit erlangt. Abertausende von Flüchtlingen setzten in Gummibooten von der Türkei über, um auf der Suche nach Sicherheit eine der griechischen Inseln zu erreichen. Die benötigten Strukturen, um den Flüchtlingen Schutz zu bieten, konnten nicht ausreichend zur Verfügung gestellt werden. Wo die griechischen Behörden und die Uno versagten, haben freiwillige Helfer Teile ihrer Aufgaben übernommen. Ein aus dieser Misere heraus entstandenes Projekt ist «Better Days for Moria» - ein Flüchtlingscamp, von Freiwilligen erbaut. Von der Situation vor Ort möchte ich berichten.**

Vergangenen Januar war ich für etwas mehr als zwei Wochen auf Lesbos. Die Insel, welche rund 10km von der türkischen Küste entfernt liegt, ist aufgrund ihrer geographischen Lage zur Tür nach Europa geworden. Alleine dieses Jahr sind bereits 150'000 Flüchtlinge auf den griechischen Inseln angekommen (UNHCR, Stand 15.3.2016). Die Lage ändert sich fortlaufend, weshalb dieser Bericht lediglich eine Momentaufnahme ist.

Bis Ende Februar gab es zwei verschiedene Möglichkeiten, wie die Flüchtlinge auf Lesbos ankommen konnten. Entweder wurden die Flüchtlingsboote von der griechischen Küstenwache abgefangen, welche die Flüchtlinge auf ihrem Schiff in den Hafen von Mytilini, dem Hauptort von Lesbos, brachten. Die restlichen Boote blieben an zerklüfteten Klippen hängen oder landeten irgendwo an einem Strand, wo die Flüchtlinge von freiwilligen Helfern empfangen wurden. Diese versuchen, die Ankömmlinge so trocken wie möglich an Land zu bringen und Erste Hilfe zu leisten. Von den Stränden oder vom Hafen aus brachten sie UNHCR-Busse nach Moria. Das Registrierungscamp auf Lesbos nennt sich Moria und liegt mit dem Auto etwa eine Viertelstunde nördlich von Mytilini inmitten von grünen Hügeln versteckt. Es wird (immer noch) von den griechischen Behörden und Frontex der EU Grenzschutzbehörde, betrieben. Der UNHCR war dort ebenfalls präsent. Dieses Camp erfüllt mittlerweile andere Aufgaben; diese werden am Ende des Berichts kurz erläutert.

Neben dem «Compound», so wurde der von den griechischen Behörden, Frontex und dem UNHCR unterhaltene Teil genannt, gab es ein Stück Land, auf dem ein von freiwilligen Helfern finanziertes und betriebenes Camp stand. Die dahinterstehende NGO heisst «Better Days for Moria» (BDFM). Dieser Organisation habe ich mich angeschlossen.

## Mein Better Days for Moria

Im Olive Grove, so wurde dieses Camp unter anderem genannt, erhielten die Ankömmlinge rund um die Uhr warmes Essen, Tee, trockene Kleidung, eine Unterkunft und Informationen für ihre Weiterreise. All diese Leistungen wurden von den oben genannten Organisationen im «Compound» nicht zur Verfügung gestellt.

Das Camp bestand aus einem Essenszelt, einer Kleiderverteilung, einer medizinischen Anlaufstelle und 28 grossen Zelten für die Flüchtlinge. In einem Flüchtlingszelt fanden 20 bis 25 Personen eine Unterkunft, das heisst, das

Camp hatte eine Kapazität von etwa 700 Plätzen. Seit der Gründung von BDFM im letzten November hatte sich eine solide Campstruktur herausgebildet. Eine klare Beschilderung verriet, wo man was fand und die Abläufe waren klar.

Die Camp-Facilities wurden ständig ergänzt und verbessert, wobei auf Recycling wertgelegt wurde. Während ich dort war, baute das zuständige Team eine mit Kompost aus der Küche betriebene Schuhrocknungsanlage. Die Aufladestation für Mobiltelefone war mit Solarstrom betrieben und die Zelte waren mit Rettungswesten gepolstert. Die «Dirty Girls of Lesbos», eine andere NGO, mit der BDFM zusammenarbeitete, hatten es sich zur Aufgabe gemacht, alle noch brauchbaren Kleidungsstücke und Schuhe sowie Decken und Schlafsäcke zu reinigen und wieder an Flüchtlinge abzugeben.

Nach meiner Ankunft besuchte ich die jeweils am Nachmittag stattfindende Informationsveranstaltung für neue Freiwillige und trug mich gleich für die Nachtschicht ein, welche von ein Uhr in der Nacht bis etwa um zehn Uhr morgens dauerte. Zu Beginn der Nachtschicht erhielten wir von der Leiterin der Abendschicht Informationen, was während ihrer Schicht vorgefallen war. Anschliessend wurden die anstehenden Aufgaben verteilt. Ich arbeitete zu Beginn in der Kleiderverteilung und wechselte später zum Zeltteam. Neben diesen beiden grösseren, permanenten Aufgabenbereichen gab es noch «bus duty», bei der die ankommenden Busse entgegengenommen und die Flüchtlinge ins Camp gebracht wurden. Die Kleiderverteilung funktionierte nach folgendem System: Wer neue Kleidung erhielt, musste seine Kleidung zurücklassen, damit wir sie den «Dirty Girls» geben konnten. Es gab zwei Umkleidezelte, eines für Kinder und Frauen, das andere für Männer. Kam ein Bus mit vielen nassen und teils unterkühlten Menschen an, gehörte es auch zu unserer Aufgabe, den Kindern so schnell wie möglich trockene Kleidung anzuziehen, Windeln zu wechseln und Frauen beim Umziehen helfen. Die Situation konnte ziemlich hektisch werden, da immer wieder auch wenige Monate alte Babys dabei waren, die besondere Aufmerksamkeit be-

**Während ich dort war, baute das zuständige Team eine mit Kompost aus der Küche betriebene Schuhrocknungsanlage. Die Aufladestation für Mobiltelefone war mit Solarstrom betrieben und die Zelte waren mit Rettungswesten gepolstert.**

nötigten. Das Zeltteam hatte die Aufgabe, Ankommende, die im «Compound» keinen Übernachtungsplatz fanden, auf unsere Zelte zu verteilen. Klingt einfach, war es aber nicht immer. Wir achteten darauf, Nationalitäten nicht zu mischen, Familien nicht in «Single Men»-Zelte zu bringen und das oberste aller Gebote zu erfüllen: Familien nicht zu trennen. Wenn am Morgen eine Fähre nach Athen fuhr, stellten wir sicher, dass alle pünktlich am Hafen waren. Das hiess: Die Flüchtlinge wecken, sicherstellen, dass sich alle registriert hatten, Essen verteilen, mit den Taxifahrern verhandeln oder die Flüchtlinge selbst zum Hafen zu bringen.

Jede meiner Nachtschichten war anders als die vorhergehenden. Es gab Nächte, in denen wir sechs

Stunden Zelte reinigten oder im Essenszelt «Timon und Pumba» auf Arabisch schauten, da im Camp nicht viel los war. Andere Nächte waren chaotisch und voller Ereignisse, je nachdem wie viele Boote angekommen waren. Das für mich eindrücklichste Erlebnis war eine syrische Familie, die mit drei Söhnen – alle in Rollstühlen – diese Reise auf sich genommen hatte. Erschöpft aber froh, endlich in Europa angekommen zu sein, rollten sie eines Morgens ins BDFM-Camp. Ich habe grossen Respekt vor ihrer Entscheidung, Syrien zu verlassen. Denn seine Kinder solchen Gefahren auszusetzen, wird nur von grosser Not bedingt und erfordert grossen Mut.

Im Nachtschicht-Team arbeiteten zwei Flüchtlinge als Übersetzer mit. Einer der beiden, Ahmad, ist mir dabei besonders ans Herz gewachsen. Er war aus Syrien geflohen, da er auf «die Liste von Assad» gekommen war. Seine Familie ist immer noch in Syrien, aber an einem sicheren Ort, wie er mir sagte. Ahmad war sehr gut vernetzt. Damit meine ich, dass er auf der «anderen Seite», im tür-

**Sie stellten offensichtlich falsche Papiere aus und machten so zum Beispiel einen Flüchtling mit somalischem Pass zu einem Kenianer.**

kischen Izmir, Schmuggler kannte. Er hatte eine Zeit lang für sie gearbeitet, um sich die Überfahrt zu finanzieren. Daher wusste er Bescheid, wann Boote kommen würden oder wenn die türkische Polizei alles abgeriegelt hatte und wir uns auf eine eher entspannte Nacht einstellen konnten. Für uns war er Gold wert, da seine Muttersprache Arabisch war und er die Sorgen und Ängste der Flüchtlinge aus eigener Erfahrung kannte. Er hat nun in Griechenland Asyl beantragt, da die Balkanroute geschlossen wurde. Wenn die Freiwilligen der Tagesschicht gegen Ende unserer Schicht eintrafen, ging die Nachtschicht-Crew zusammen frühstücken. Ins syrische Restaurant «Damas» in Mytilini.

## Von Streiks, griechischen Behörden und «Baby-Huggern»

Freiwillige Helfer stossen auf die verschiedensten Hindernisse, welchen ihnen die Arbeit auf Lesbos erschweren. Streiks sind in Griechenland zurzeit fast an der Tagesordnung. Alleine in den zwei Wochen, in denen ich da war, erlebte ich drei Streiks. Da dann auch die Fahrenarbeiter streikten, konnten die Flüchtlinge nicht weiterreisen und die Lager füllten sich. Die griechischen Behörden, welche im «Compound» die Registrierung durchführten, arbeiteten langsam, ihre Entscheide wirkten manchmal willkürlich und sie sabotierten teilweise absichtlich die Registrierungsprozesse. Sie stellten offensichtlich falsche Papiere aus und machten so zum Beispiel einen Flüchtling mit somalischem Pass zu einem Kenianer. Als Migrant aus Kenia bestand kein Anspruch auf Asyl in der EU, als Somalier jedoch schon. Anschliessend weigerten sie sich, den Fehler zu korrigieren. Kurz nachdem ich Lesbos verlassen hatte, kappte jemand die Wasserversorgung für das «Better Days»-Camp und es musste zehn Tage ohne fliessend Wasser auskommen. Niemand weiss, wer es war.

Ausserdem trennt oft nur eine dünne Linie die Sensationssuchenden von den passionierten Helfern. Es gibt eine «Gattung» von Helfern – wir haben sie «Baby-Hugger» genannt – bei welchen das Gefühl aufkam, sie sei-

**Wie die EU im Moment politisiert, Regeln innerhalb von wenigen Tagen ändert und Grenzen schliesst, bringt sie die Flüchtlinge in eine unmögliche Lage.**

en nur für das Foto mit dem schreienden Kind nach Lesbos gekommen. Um meine Nachtschicht-Freundin Mallory zu zitieren: “We have painted ourselves with undeserving

titles: hero, humanitarian, public figure, etc. We make our profile pictures photos of us holding crying children wrapped in silver emergency blankets. We post statuses that read, “There is no them, there is only us” and yet our photos are us in neon volunteer vests assisting people out of a boat.” Diese Reduzierung auf die Rolle – Flüchtling oder Helfer – verfehlt das eigentliche Ziel. Es geht darum, ihnen auf einer menschlichen Ebene zu begegnen. Flüchtlinge können sich selbst retten. Sie haben es schliesslich aus dem Krieg nach Lesbos geschafft! Helfer sollen versuchen, ihnen das Leben in dieser Situation zu erleichtern und sie so gut wie möglich für das Kommende rüsten, damit sie es alleine schaffen. Denn sie besitzen die Kraft dazu.

## People of Nowhere

Sie kommen aus dem Krieg, nehmen eine strapaziöse Reise auf sich, setzen sich und ihre Kinder Gefahren aus und landen dann vielleicht lebend auf einer griechischen Insel. Wie die EU im Moment politisiert, Regeln innerhalb von wenigen Tagen ändert und Grenzen schliesst, bringt sie die Flüchtlinge in eine unmögliche Lage. Sie können nirgends hin, sie werden zu «People of Nowhere». Das Verhalten der EU setzt nicht nur neue politische Regeln, sondern auch einen neuen normativen Status. Europa hilft Flüchtlingen nicht mehr, sie werden draussen gehalten und sollen ausgelagert werden. Zu sagen, wir hätten keine Kapazität all diese Flüchtlinge aufzunehmen, ist unsinnig.

Nachtrag: Aufgrund des Abkommens mit der Türkei, welches Mitte März in Kraft getreten ist, wurde der «Compound» zu einem «Detention Center». Dort werden die Flüchtlinge festgehalten, welche in die Türkei zurückgeschafft werden sollen. Die Hilfeleistungen von BDFM wurden nicht mehr zugelassen. Die Gründer von BDFM haben beschlossen, den Olive Grove zu schliessen und widmen ihre Aufmerksamkeit nun der Situation in Idomeni, dem griechisch-mazedonischen Grenzübergang.

Für mehr zu diesem Thema: siehe Artikel «Von Abschottung und Integration» von Simon Graf in diesem Heft.

Mein Dank geht an mein Nachtschichtteam: Mallory, Darren, Luis, Josh, Verim und Cyril.

Better Days for Moria: <http://www.betterdaysformoria.com/>  
People of Nowhere: [www.vimeo.com/144857118](http://www.vimeo.com/144857118)

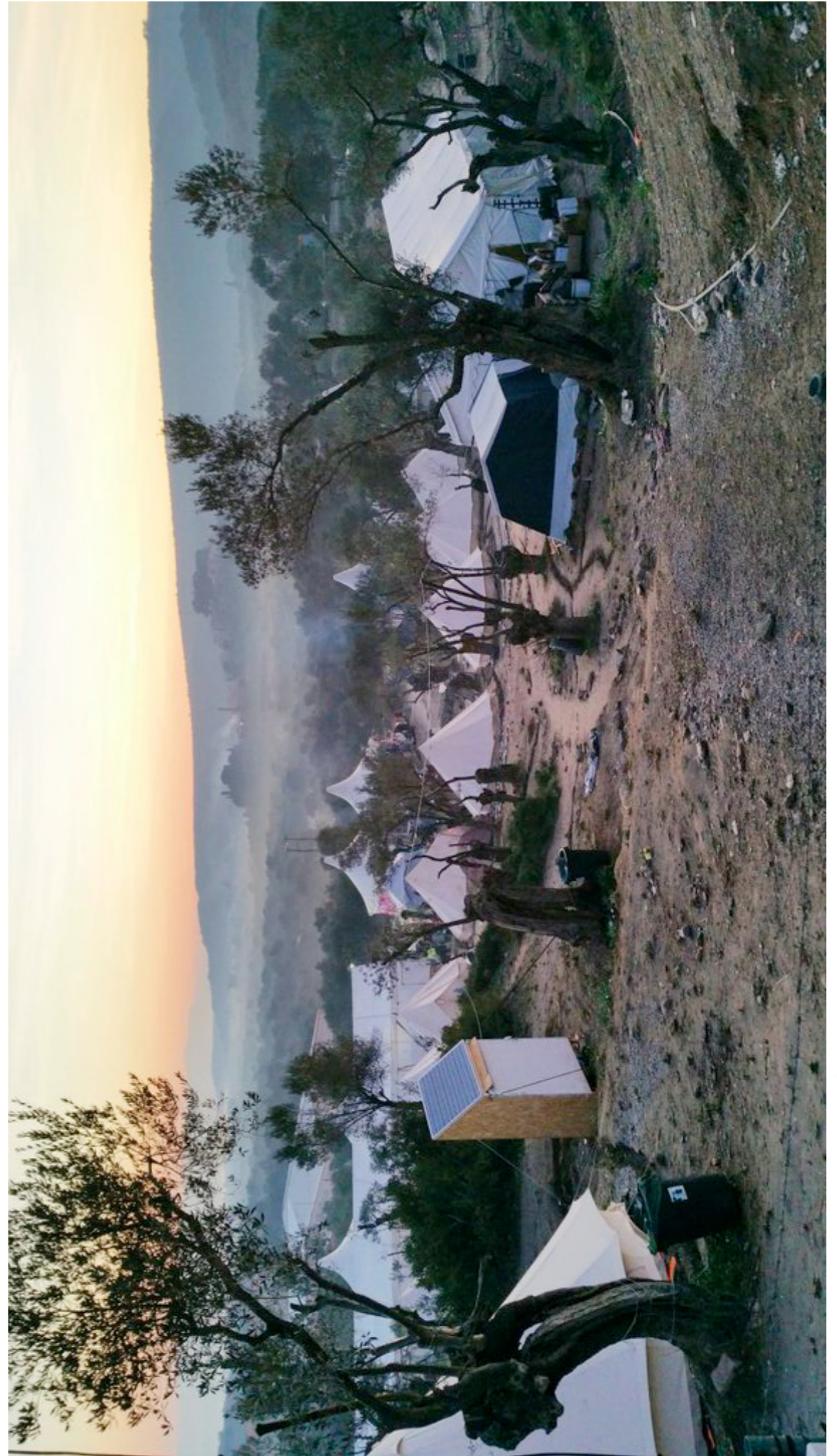




Aussenmauer des „Compounds“, Moria Flüchtlingslager, Januar 2016. Fotografin: Valentina Suter



Flüchtlinge gehen an Board der Fähre nach Athen, Mytilini, Lesvos, Januar 2016. Fotografin: Valentina Suter



Better Days for Moria Camp, Januar 2016. Fotograf: Lewis Rose

# JUGENDMIGRATION - DER WEG ZUR NACHHALTIGEN ENTWICKLUNG?

Stephanie Hess, B.A. in Politik- und Rechtswissenschaft, Universität Zürich

**Bei einer UNO Konferenz in New York setzte ich mich mit Jugendmigration im Zusammenhang mit nachhaltiger Entwicklung auseinander. Migrationsexperten sind sich einig: Jugendmigration kann positiv zur nachhaltigen Entwicklung der Gesellschaft beitragen. Dies aber nur, wenn die Risiken erkannt und die Bedingungen für gerechte Migration erfüllt werden.**

Agenda 2030, nachhaltige Entwicklung – diese Begriffe sind omnipräsent im Alltag als Schweizer UNO-Jugenddelegierte einige Monate nachdem die neuen Ziele nachhaltiger Entwicklung im Herbst 2015 von der UNO Generalversammlung verabschiedet wurden. Die multilaterale Welt wird von den Leitgedanken der Agenda dominiert, doch die Forderung nach ihrer Verwirklichung kommt zu einem Zeitpunkt, in dem die Nationen alles andere als vereint scheinen. Das Zeitgeschehen ist geprägt von Unsicherheit, Krieg und Flucht. Gerade die Flüchtlingsströme aus dem Nahen Osten fordern den Zusammenhalt der Staaten erheblich heraus. Dabei wird vergessen, dass Migration viele Ausprägungen kennt – und nicht zwingend negative Ursachen und Auswirkungen mit sich bringt.

Das Mandat als UNO-Jugenddelegierte umfasst nationale Sensibilisierungsaktivitäten für Jugendliche sowie das Vertreten der Schweizer Jugend bei einem Konferenzbesuch im New Yorker Hauptquartier. Daher begleitete ich im Februar 2016 die Schweizer Delegation an die Session der Kommission für soziale Entwicklung. In diesem Rahmen organisierte ich mit Unterstützung der Schweizer Mission eine begleitende Veranstaltung zur Session. Thema – passend zu Mandat und Zeitgeist - Jugendmigration. Ziel: Migration mit ihren vielen Gesichtern zu thematisieren. Hierzu gehören das Erkennen der Chancen von Jugendmigration, das Verstehen der Risiken, die sie birgt, und die Diskussion über die Bedingungen, unter denen sie positiv zur nachhaltigen Entwicklung beiträgt.

Eingeladen an die Veranstaltung wurden drei Jugendmigrationsexperten. Hierbei handelte es sich um Vertreter von UNO Organen oder Nichtregierungsorganisationen. Die Relevanz des Themas Jugendmigration lässt sich bereits an Zahlen erkennen: Ein Drittel aller internationalen Migranten sind Jugendliche oder junge Erwachsene. Ferner zeigt die Verbindung zu politischen, ökonomischen und ökologischen Faktoren welche Be-

**Die Unterscheidung zwischen Flüchtlingen und Arbeitsmigranten führt dazu, dass viele Personen ohne Flüchtlingsstatus nicht den rechtlichen Schutz erhalten, den sie bräuchten.**

deutung der Jugendmigration beigemessen werden sollte. Die Mitgliedsstaaten der UNO haben dies bei der Erarbeitung der Agenda 2030 erstmals erkannt: Während die verjäherten Millennium Entwicklungsziele nie das Thema der Migration anschnitten, greift die neue Agenda die Thematik in mindestens fünf Zielen explizit auf.

## Von einem Elend zum nächsten?

Gemäss einem der eingeladenen Experten ist nur schon die Begriffssituation bezüglich Jugendmigration prob-

lematisch. Die Unterscheidung zwischen Flüchtlingen und Arbeitsmigranten führt dazu, dass viele Personen ohne Flüchtlingsstatus nicht den rechtlichen Schutz erhalten, den sie bräuchten. Auf internationaler Ebene wird der Begriff der Flüchtlinge als Sondergruppe unter den Migranten nur benutzt, wenn die Kriterien der Genfer Flüchtlingskonvention<sup>1</sup> erfüllt sind. Die Gründe für eine Migration aus dem Heimatland sind aber vielfältiger: Auf der einen Seite steht die Hoffnung, bessere Arbeit und Lebensumstände zu finden. Auf der anderen Seite bestehen nebst diesen pull-Faktoren sogenannte push-Faktoren: jene Faktoren, die junge Menschen dazu zwingen, ihre Heimat zu verlassen. Dazu gehören kriegerischer Konflikt, Armut, Ernährungsunsicherheit oder die Degradierung der Umwelt. Jedoch brauchen auch junge Menschen, die vorwiegend wegen pull-Faktoren emigrieren, ausreichenden Schutz, damit ihre Rechte gewährleistet sind. Die in der Agenda meistgenannten Gefahren von Migration lauern in der Ausbeutung von Arbeitsmigranten und in der Gewalt insbesondere gegen Kinder und junge Frauen, so-

**Gerade junge Zuwanderer aus dem Ausland können zur Förderung von Wirtschaft und Wohlstand im Destinationsland kräftig beitragen.**

wie im Menschenhandel und in modernen Formen der Versklavung. Diese hindern einen positiven Entwicklungsprozess im Sinne der Ziele nachhaltiger Entwicklung.

Der in vielen Ländern wachsende Unmut gegenüber Migranten wirkt sich stark auf die Akzeptanz junger Ausländer im Destinationsstaat aus. Dies wiederum erschwert das Finden ordentlicher Arbeit und Unterkunft. Überdies ist häufig der Zugang junger Migranten zu Gesundheitsversorgung oder Bildung unzulänglich. Das Risiko der Marginalisierung steigt. Zusammen mit den Herausforderungen für die Herkunftsländer durch den sogenannten ‚brain drain‘ (das Abwandern gebildeter, junger Arbeitskräfte) führen die genannten Schwierigkeiten dazu, dass das Ziel nachhaltiger Entwicklung für alle in weitere Ferne rückt.

## Chancen und Bedingungen

Laut den Experten wäre das Potential von Jugendmigration als Antrieb der Entwicklung aber vorhanden. Gerade junge Zuwanderer aus dem Ausland können zur Förderung von Wirtschaft und Wohlstand im Destinationsland kräftig beitragen. Auch der Herkunftsstaat kann von der Migration profitieren: Geldüberweisungen ins Herkunftsland sind eine bedeutende Einkommensquelle für unzählige Familien und Staaten. Diese Remissen können zur Verbesserung von Ernährungssicherheit, Gesundheit und Bildung der Zurückgelassenen beitragen. Auf der Makroebene können sie die Kreditwürdigkeit eines Landes

aufpolieren und den Zugang zu Kapital erhöhen. Auch entstehen Handelsverbindungen und es findet ein Austausch von Kompetenzen und kulturellen Praktiken statt.

Damit sich diese positiven Aspekte der Jugendmigration jedoch entfalten können, müssen gewisse Bedingungen erfüllt sein. Allem voran muss Migration menschenrechtskonform stattfinden können und durch faire und verantwortungsvolle Politiken begleitet werden. Die Achtung von Arbeitsstandards und die effektive Be-

**Allem voran muss Migration menschenrechtskonform stattfinden können und durch faire und verantwortungsvolle Politiken begleitet werden.**

kämpfung von Ausbeutung und Menschenhandel müssen gewährleistet sein. Dazu braucht es die Möglichkeit, sicher und legal zu migrieren. Es muss sichergestellt werden, dass junge Migranten gleichberechtigten Zugang zu Bildung, Arbeit, Unterkunft und Gesundheitsversorgung im Destinationsstaat erhalten. Damit die Remissen der jungen Auswanderer bestmöglich genutzt werden können, müssen die Kosten der Geldüberweisungen gesenkt sowie die Transparenz von grenzüberschreitenden Transfers gesteigert werden. Häufig steht dem jedoch Korruption und fehlender politischer Konsensus im Wege.

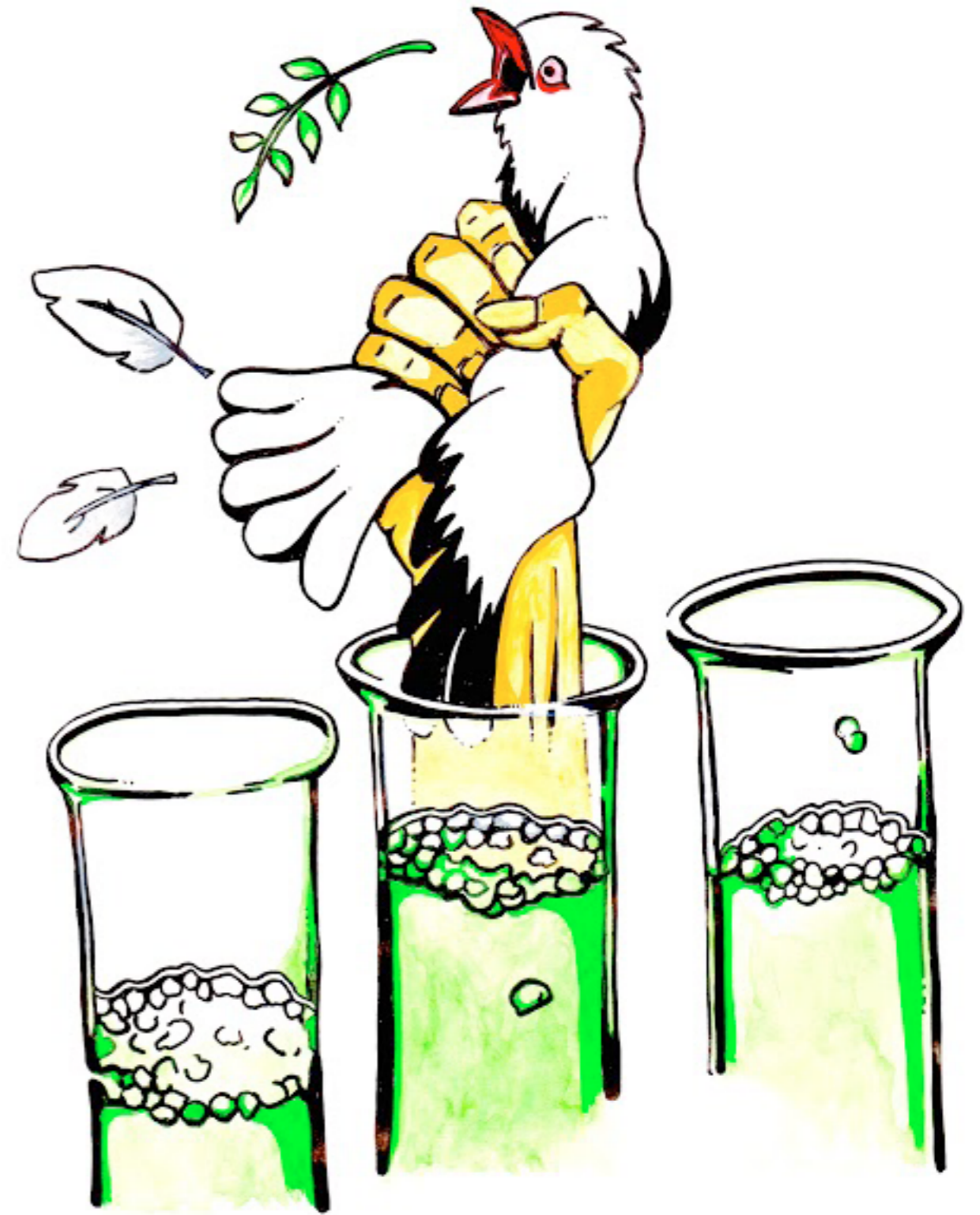
## Blick in die Zukunft

Am 19. September 2016 wird ein UNO Gipfeltreffen der Staatsoberhäupter stattfinden. Ziel ist, konkrete Vorschläge für den Umgang mit den aktuellen Migrationsströmungen hervorzubringen. Umso wichtiger ist es deshalb, den Diskurs zum Thema Jugendmigration aufrecht zu erhalten und ihre Chancen nicht aus den Augen zu verlieren. Die Nationen müssen unter internationalen Druck gesetzt werden, sich für die angemessene Behandlung der akuten Herausforderung einzusetzen, sowie kreative Vorschläge zu bringen, wie man vielleicht sogar einen Nutzen aus der Migration von Millionen junger Menschen ziehen kann. Als Jugenddelegierte erhielt ich durch meinen Konferenzbesuch einen Einblick in die Funktionsweise der multilateralen Welt. So viel Gutes man durch internationale Zusammenarbeit erreichen kann, so schwierig scheint es auch, diese Kooperation zu realisieren. Der Weg hin zur günstigen Entwicklung durch Jugendmigration bis im Jahr 2030 wird auf jeden Fall steinig.

<sup>1</sup> Die Genfer Flüchtlingskonvention definiert Flüchtlinge als Personen, die wegen ihrer Rasse, Religion, Nationalität, sozialer Gruppe oder politischen Überzeugung aus ihrem Heimatstaat flüchten müssen.



Generation Y. Lea Höhn



Griff nach Freiheit. Lea Höhn

#### «#6 FS, Frühlings-Ausgabe, April 2016»

Die aktuelle Ausgabe konnte dank der finanziellen Unterstützung unserer Werbepartner verwirklicht werden: das Institut für Politikwissenschaft der Universität Zürich, Ernst Basler + Partner AG und den Verband der Studierenden der Universität Zürich (VSUZH).

#### Redaktionelle Leitung

Maryam Hosseinzadeh, abgeschlossener M.A. der Englischen Linguistik, University College London

Vanessa Mistic, M.A. Studentin der Politikwissenschaft mit einer Spezialisierung in "Politischer Datenjournalismus", Universität Zürich

Valentina Suter, B.A. Studentin der Germanistik und Politikwissenschaft, Universität Zürich

#### Redaktion

Nadine Chappalley, abgeschlossener M.A. der Englischen Linguistik, University of Cambridge  
Nathalie Dubler, B.A. Studentin der Politikwissenschaft und Geschichte der Neuzeit, Universität Zürich

David Fuchs, M.A. Student der Geschichte und des Öffentlichen Rechts, Universität Zürich

Simon Graf, B.A. Student der Politikwissenschaft, Universität Zürich

Fabienne Iff, B.A. Studentin der Religionswissenschaft und Hebräisch, Universität Zürich

Andreas Juon, abgeschlossener M.A. CIS, ETH Zürich

Isabel Knobel, M.A. Studentin der Internationalen Beziehungen, Graduate Institute Genf

Annick Länzlinger, B.A. Studentin der Politikwissenschaft, Universität Zürich

Evelyne Schlauri, M.A. Studentin der Internationalen Beziehungen, Universität St. Gallen

Céline Siegrist, M.A. Studentin der Anglistik und Skandinavistik, Universität Zürich

Benno Zogg, abgeschlossener M.A. Conflict, Security and Development, King's College London

#### Layout und Illustrationen

Milena Giordano, abgeschlossener B.A. der Zürcher Hochschule der Künste, freischaffende Grafikerin und Künstlerin

Lucy Pfenninger, Studentin im Fach Scientific Visualization, Zürcher Hochschule der Künste

Lea Höhn, abgeschlossenes Studium der Sprach- und Literaturwissenschaft, Philosophie und Kunstgeschichte, Universität Zürich

Juliette Uzor, Studentin im Fach Kunst und Vermittlung, Zürcher Hochschule der Künste

#### Sammele journalistische und publizistische Erfahrungen

Als Redakteur beim Zurich Globalist konzipierst du unsere Ausgaben, übernimmst die fachliche Betreuung von Autoren und bist verantwortlich für das Lektorat. Dir steht offen, eigene Artikel für das Magazin zu verfassen. Ist dir danach, einen Artikel im Globalist zu publizieren, ohne Teil der Redaktion zu sein, so kannst du uns gerne einen Artikelvorschlag schicken. Auch wenn wir Vorschläge jederzeit gerne entgegen nehmen, macht es durchaus Sinn, unsere Artikelausschreibungen abzuwarten. Du erfährst dann, welchen Themenschwerpunkt wir in der aktuellen Ausgabe verfolgen. Die Themenvorschläge werden zu Beginn des Semesters publiziert. Wir haben im Moment auch Positionen im Bereich der Kommunikations- und Öffentlichkeitsarbeit / Sponsoring sowie im Bereich der Bildredaktion und des Social Media Management zu besetzen.

#### Kontakt

[www.zurichglobalist.uzh.ch](http://www.zurichglobalist.uzh.ch)

[zglobalist@gmail.com](mailto:zglobalist@gmail.com)





# Politikwissenschaft an der Universität Zürich

## Schwerpunkte

- Internationale Beziehungen
- Demokratieforschung
- Wirtschafts-, Energie-, Umwelt- und Sozialpolitik
- Politische Philosophie
- Nationale Institutionen & die EU
- Sicherheitspolitik
- Politisches Verhalten & Psychologie
- Migrationsforschung
- Schweizer Politik
- Datenjournalismus
- Politische Ökonomie & Entwicklungspolitik
- Methoden der Datenanalyse

## Besonderheiten

- Schweizweit grösstes Kursangebot in Politikwissenschaft
- Hohe Flexibilität (Teilzeit, Monomaster, Wahlmöglichkeiten)
- Persönliche Betreuung & kleine Gruppen (Master)
- Praxisbezug durch Praktika & angewandte Projekte aus Verwaltung und Privatwirtschaft
- Umfangreiche Austauschmöglichkeiten
- Interdisziplinärer Austausch mit dem CIS (Uni & ETH Zürich)
- Hohe Anzahl englischsprachiger Veranstaltungen

Noch Fragen?

Unsere Fachstudienberatung hilft Ihnen gern weiter: [studhelp@ipz.uzh.ch](mailto:studhelp@ipz.uzh.ch)

Institut für Politikwissenschaft. [www.ipz.uzh.ch](http://www.ipz.uzh.ch)

## Studiengänge

Breit angelegter Bachelor  
Konsekutiver Master (Hauptfach oder Monomaster) mit vier wählbaren Schwerpunkten:

- Demokratie, Entwicklung und Internationale Beziehungen
- Politische Ökonomie und Philosophie
- Schweizer Politik
- Politischer Datenjournalismus

